



Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe

Plädoyer für eine Neuorientierung

Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe

Plädoyer für eine Neuorientierung

Impressum

Herausgeber:

EED e.V.

Ulrich-von-Hassell-Str. 76 | 53123 Bonn

Tel. 0049-(0) 228-8101-0

E-Mail: Michael.Frein@eed.de

Internet: www.eed.de

Brot für die Welt

Staffenbergstraße 76 | 70184 Stuttgart

E-Mail: kontakt@brot-fuer-die-welt.de

Internet: www.brot-fuer-die-welt.de

SÜDWIND e.V.

Lindenstraße 58–60 | 53721 Siegburg

E-Mail: info@suedwind-institut.de

Internet: www.suedwind-institut.de

Projektkoordination:

Michael Frein (EED),

Klaus Seitz (Brot für die Welt)

Autoren:

Michael Frein (EED) -

E-Mail: Michael.Frein@eed.de

Friedel Hütz-Adams (SÜDWIND) -

E-Mail: huetz-adams@suedwind-institut.de

Danksagung:

Wichtige Anregungen kamen unter anderem von Svea Koch, Sarah Gecks, Jiska Gojowczyk

Endkorrektur:

Erika Stückrath, Stefan Tuschen

Gestaltung und Satz:

Frank Zander/Berlin | www.fraza.de

Druck:

Druckerei u. Verlag Brandt GmbH | 53111 Bonn

Erscheinungsdatum: Februar 2010

ISBN: 978-3-929704-47-1

Inhalt

1. Einleitung: Wachstum oder Wohlfahrt?	4
2. Bruttoinlandsprodukt: Ein Wert mit sehr begrenzter Aussagekraft	7
2.1 Aufstieg des BIP	8
2.2 Vorteile des BIP	9
2.3 Jahrzehnte alte Kritik	10
2.4 Die Schwächen des Bruttoinlandsprodukts	10
2.4.1 Was fehlt?	11
2.4.2 Was wird zu viel gezählt?	12
2.4.3 Was wird ignoriert?	13
3. Ansätze zur Korrektur des BIP	15
3.1 MEW, ISEW, GPI etc.	15
3.2 Der NWI	16
3.3 Ökologische Korrekturen	18
3.4 Verknüpfung des BIP mit anderen Indices	19
4. Glück als Maßstab	21
4.1 Stark verbesserte Datenlage	21
4.2 Einkommen: Faktor unter vielen	22
4.3 Ländervergleiche	23
4.4 National Accounts of Well-being und Happy Planet Index	24
4.5 Wohlbefinden statt BIP?	25
5. Auf der Suche nach Perspektiven	26
5.1 Politik mit dem BIP unzufrieden	26
5.2 Auf der Suche nach besseren Maßstäben	28
6. Zwang zu neuen Wirtschaftsformen	30
Literatur	34
Anhang: Warum Wirtschaftswachstum nicht zukunftsfähig ist - Bemerkungen im Anschluss an die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt«	36

1. Einleitung: Wachstum oder Wohlfahrt?

»Eine Welt, in der die Dinge so weiterlaufen wie bisher, ist bereits unvorstellbar. Aber was ist mit einer Welt, in der neun Milliarden Menschen alle das gleiche Maß an Wohlstand erstreben wie in den OECD-Ländern? Eine solche Wirtschaft müsste bis 2050 15-mal größer sein als unsere heutige und gegen Ende des Jahrhunderts 40-mal größer. Wie sieht eine solche Wirtschaft aus? Auf was würde sie basieren? Bietet dies wirklich eine glaubhafte Vision für geteilten und anhaltenden Wohlstand?«¹ (Jackson 2009: 6).

Im Oktober 2008 erschien ein neues Buch. Des-
sen Titel ist so einfach wie anspruchsvoll: »Zu-
kunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten
Welt«. ² Die Herausgeber, der Evangelische Ent-
wicklungsdienst, Brot für die Welt und der BUND
hatten den Autoren des Wuppertal-Instituts die
Frage aufgegeben, wie ein Deutschland ausse-
hen müsste, das weder die Umwelt über Gebühr
beansprucht noch seinen materiellen Reichtum

»Sondern es mehren sich die Anzeichen, dass
Wachstum mehr Nachteile als Vorteile produ-
ziert, also in der Gesamtheit die Grenzkosten
des Wachstums schneller zunehmen als sein
Grenznutzen.«

(Quelle: BUND/Brot für die Welt/EED
2008, S. 28)

¹ Übersetzung: Svea Koch

² BUND/Brot für die Welt/EED 2008; Eine Zusammenfassung bie-
tet BUND/Brot für die Welt/EED 2009.

auf Kosten von anderen Ländern gründet. Die
Antwort besteht in einer 600 Seiten starken Stu-
die mit detaillierten Analysen und zahlreichen
Hinweisen.

Illegale Müllkippe in Peru: Aufräumarbeiten könnten das Bruttoinlandsprodukt erhöhen
(Foto: Klaus Adams)





Ghana: Wer erfasst die Wirtschaftsleistung der Kleinproduzenten? (Foto: Svea Koch)

Jedoch handelt es sich hierbei nicht um einen abgeschlossenen Katalog von Ge- und Verboten, um eine Rezeptur für Zukunftsfähigkeit. Die beteiligten Organisationen wollen, so der Untertitel, eine gesellschaftliche Debatte anstoßen. In einem Punkt gelingt dies besonders: In der Fra-

ge des wirtschaftlichen Wachstums. Wirtschaftswachstum, so könnte man die These der Studie auf den Punkt bringen, ist der Stolperstein für Zukunftsfähigkeit.

Seit Erscheinen der Studie hat die Diskussion nicht zuletzt unter dem Eindruck der globalen

ZEIT: Union und FDP haben ihren Koalitionsvertrag unter das Motto Wachstum gestellt. Bisher führte Wirtschaftswachstum aber fast immer zu mehr Umweltverbrauch. Wie gehen Sie als Umweltminister mit diesem Widerspruch um?

Röttgen: Richtig ist, dass Wachstum und Wohlstand keine Synonyme sind. Richtig ist auch, dass der Wachstumsbegriff des 20. Jahrhunderts ausschließlich auf das BIP-Wachstum abstellte, also auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Diese Fixierung auf das quantitative Wachstum müssen wir aufgeben. Wir brauchen einen neuen Wachstumsbegriff – einen, der nicht nur rein ökonomisch ist. Gesun-

des Wachstum muss dazu dienen, die Lebensqualität der heutigen Generation zu verbessern, ohne die Chancen der nächsten Generation zu beeinträchtigen.

ZEIT: Bisher starren Politiker aber ausschließlich auf das vom Statistischen Bundesamt regelmäßig berechnete BIP...

Röttgen: ... das wenig über die Lebensqualität aussagt. Deshalb sollte man dem herkömmlichen BIP eine Art von grünem BIP zur Seite stellen, eine Berechnung für ökologisches Wachstum.

(Quelle: DIE ZEIT, 12.11.2009)



Demonstration in Jämschwalde gegen Kohlekraftwerke (Foto: Klima-Allianz)

Wirtschafts- und Finanzkrise an Fahrt gewonnen. Die Medien nehmen die Frage auf, inwieweit das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Wohlstand geeignet sei. Der Verdacht keimt, dass wirtschaftliches Wachstum nicht ad infinitum fortgeschrieben werden könne. Ein einfacher Blick auf die Zahlen unterstützt die um sich greifende Skepsis: Wächst die Wirtschaft jährlich um 1%, verdoppelt sich die Produktion in 72 Jahren, sind es 3%, schrumpft der Zeitraum bis zur Verdoppelung auf 23,5 Jahren, bei 4% sind es 18 Jahre (*Diefenbacher 2007: 33*).

Auch in der Politik hat offenbar ein Nachdenken eingesetzt. So beauftragte der französische Präsident Nicolas Sarkozy eine Kommission damit, herauszufinden, ob das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für menschliche Wohlfahrt taugt, der neue Umweltminister der schwarzgelben Regierung hat das Problem identifiziert, die EU-Kommission beteiligt sich an der Diskussion.

Gleichzeitig ist aber zu konstatieren, dass aus dieser Diskussion für die politische Praxis jedenfalls bislang noch keine Konsequenzen gezogen werden. Erst Ende 2009 haben Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ein Maßnah-

menpaket mit dem viel sagenden Titel »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« beschlossen.

Nichtsdestoweniger greift angesichts der Klimakatastrophe und der damit verbundenen Probleme der Nutzung fossiler Energieträger wie Öl und Kohle die Einsicht Raum, dass es so wie bislang nicht weiter gehen kann. Die Skepsis, dass ein steigendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit steigender Lebenszufriedenheit und Wohlfahrt einhergeht, gewinnt Anhänger. Die Steigerung des BIP als Kompass oder Maßstab für erfolgreiche Wirtschaftspolitik wird dadurch zunehmend fraglich. Tatsächlich gibt es berechtigte Zweifel daran, dass die Politik gut beraten ist, die Steigerung des BIP als politisches Ziel auszugeben – und es gibt zahlreiche Vorschläge, das BIP als zentrale Messgröße für menschliche Wohlfahrt in Frage zu stellen.

2. Bruttoinlandsprodukt: Ein Wert mit sehr begrenzter Aussagekraft

Von Friedel Hütz-Adams

»Das BIP ist aber nicht dazu gedacht, den längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und insbesondere die Fähigkeit einer Gesellschaft zur Lösung von Problemen wie Klimawandel, effiziente Ressourcennutzung oder soziale Integration genau zu messen. Es spricht vieles dafür, das BIP mit Statistiken zur Berücksichtigung anderer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Fragestellungen zu ergänzen, die ebenfalls entscheidende Bedeutung für das Wohlergehen der Menschen haben.« (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 11)

Die in der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« dargestellte Schärfe der bestehenden Probleme ist in der aktuellen Debatte über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise offenbar noch nicht angekommen. Wirtschaftswachstum wird, mehrheitlich von allen politischen Lagern, weiterhin als einziger Ausweg aus der Krise betrachtet. In den politischen Diskussionen steht daher immer wieder die Frage im Mittelpunkt, wie stark die Wirtschaft schrumpft – und wann sie wieder anfangen wird zu wachsen.

Gemessen wird die Wirtschaftsentwicklung am Bruttoinlandsprodukt. Monatlich erscheinen neue Daten darüber, wie sich die Wirtschaft im Vergleich zum Vormonat, zum Vorquartal und

zum Vorjahr entwickelt hat. Auch die Prognosen über die Entwicklungen in den nächsten Jahren werden ständig aktualisiert und von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen.

Auf Basis dieser Prognosen wird errechnet, wie sich zentrale Kennzahlen der Wirtschaft in den nächsten Jahren entwickeln werden und welcher Spielraum für die Politik sich daraus ergibt. Dazu gehört die Entwicklung der Staatsfinanzen ebenso wie die Höhe der Renten, die Arbeitslosigkeit oder die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens.

Allerdings werden häufig zwei zentrale Fragen nicht gestellt:

Solarofen in Odeillo, Frankreich: Die Anlage wurde 1970 gebaut, die Technologie jedoch erst in den letzten Jahren wieder verstärkt weiterentwickelt, da Solaranlagen als unrentabel galten. (Foto: Monika Adams)



- ▶ Welche Aussagekraft hat das Bruttoinlandsprodukt überhaupt?
- ▶ Führt ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Menschen?

Eben diese Diskussion wird unter Ökonomen seit Jahrzehnten geführt, ohne dass die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger dies tatsächlich aufnehmen – etwa indem sie daraus Eckpunkte für die Politikgestaltung oder gar für konkrete Gesetzesvorhaben ableiten.

2.1 Aufstieg des BIP

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der zentrale Maßstab der Wirtschaftsentwicklung eines Landes. Es wird berechnet, indem man den Wert aller Waren und Dienstleistungen inklusive der Exporte addiert, die innerhalb eines Jahres in einem Land produziert wurden. Abgezogen werden der Wert aller Güter, die als Vorleistungen für die Endprodukte dienen, und die Importe.³

Den ersten umfassenderen Versuch, die Wirtschaftskraft eines Landes in Zahlen zu erfassen, unternahm der Engländer Thomas Petty im Jahr 1665. Er suchte eine Datenbasis für die Erhebung von Steuern. Adam Smith (1723–1790), der Gründer der modernen Ökonomielehre, entwarf detailliertere Modelle, um den »Wohlstand der Nationen« zu erfassen. Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelten Ökonomen eine Theorie, wie sich der Wert der Produktion eines Landes am besten berechnen lässt: durch die Ermittlung des Preises, den die Konsumentinnen und Konsumenten bereit sind, für die in einem Land hergestellten Produkte zu bezahlen (*Goosens et al. 2007: 11–12*).

Während der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre verlangten Politiker in den USA von Ökonomen Daten über den Stand der Wirtschaft, um Maßnahmen gegen die Krise besser planen zu können. Solche Daten lagen jedoch nicht vor. Daher wurde der junge Ökonom Simon Kuznets beauftragt, Abhilfe zu schaffen. Dies war die Geburtsstunde der modernen Be-

rechnung des Bruttoinlandsprodukts, wie wir es heute noch kennen. Kuznets Statistiken wurden zur Grundlage des New Deal genannten umfangreichen Programms der US-Regierung

»Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das BIP wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt (Deflationierung⁴ mit jährlich wechselnden Vorjahrespreisen und Verkettung) errechnet. Auf Vorjahrespreisbasis wird die »reale« Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt. Die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften. Das BIP ist damit die wichtigste Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und gehört zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF).«

Errechnung des Bruttoinlandsprodukts

Private Konsumausgaben + Konsumausgaben des Staates + Bruttoinvestitionen + Exporte – Importe

Oder

Produktionswert – Vorleistungen + Gütersteuern (abzüglich -subventionen)

(Quelle: Statistisches Bundesamt
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/BIP,templateId=renderPrint.psmI>,
Zugriff am 17.7.2009)

³ In einigen Statistiken wird statt des BIP das Bruttonationalprodukt (BNP) angegeben. Dieses berücksichtigt, dass ein Teil der Wirtschaftsleistung innerhalb eines Landes von Ausländern erzielt wurde, während Bewohner des Landes andererseits Einkommen aus Produktion beziehen, die sie im Ausland geleistet haben. Die Leistungen der Ausländer werden vom BIP abgezogen, die der Inländer im Ausland hinzuaddiert. Für die vorliegende Untersuchung ist diese Unterscheidung nahezu irrelevant, da die wesentlichen Kritikpunkte am im Alltagsgebrauch wesentlich weiter verbreiteten BIP auch für das BNP zutreffen.

⁴ Bei der Berechnung wird die Inflation berücksichtigt und herausgerechnet. Das Ergebnis ist damit ein Wert, der nur die reale Entwicklung erfasst.

gegen die Wirtschaftskrise und dienten später der Planung der wirtschaftspolitischen Rahmenseetzungen zur Aufrüstung während des Zweiten Weltkriegs.

In Großbritannien übernahm der Ökonom John Maynard Keynes den Ansatz und baute ihn aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten die aus den Daten abgeleiteten Vorschläge der Ökonomen die Leitlinie der Wirtschaftspolitik der US-Regierung. Wirtschaftswissenschaftler erhielten so großen Einfluss auf die Gestaltung von Politik (Cobb/Halstead/Rowe 1995: 5–7).

Regierungen weltweit übernahmen das Konzept des Bruttoinlandsprodukts als Berechnungsgrundlage für ihre Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Vorangetrieben wurde dies von global agierenden Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation und von Unterorganisationen der Vereinten Nationen. Doch auch Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger

der Staaten orientieren ihre Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung am Wachstum des BIP: Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts wurde zum Maßstab, an dem der Erfolg der Politik von Regierungen sowie der Wirtschaft noch heute gemessen wird. Selbst in der von der deutschen Regierung aufgestellten Nachhaltigkeitsstrategie ist das BIP die Orientierungsgröße (Bergh 2007: 10; Diefenbacher/Zieschank 2009: 4).

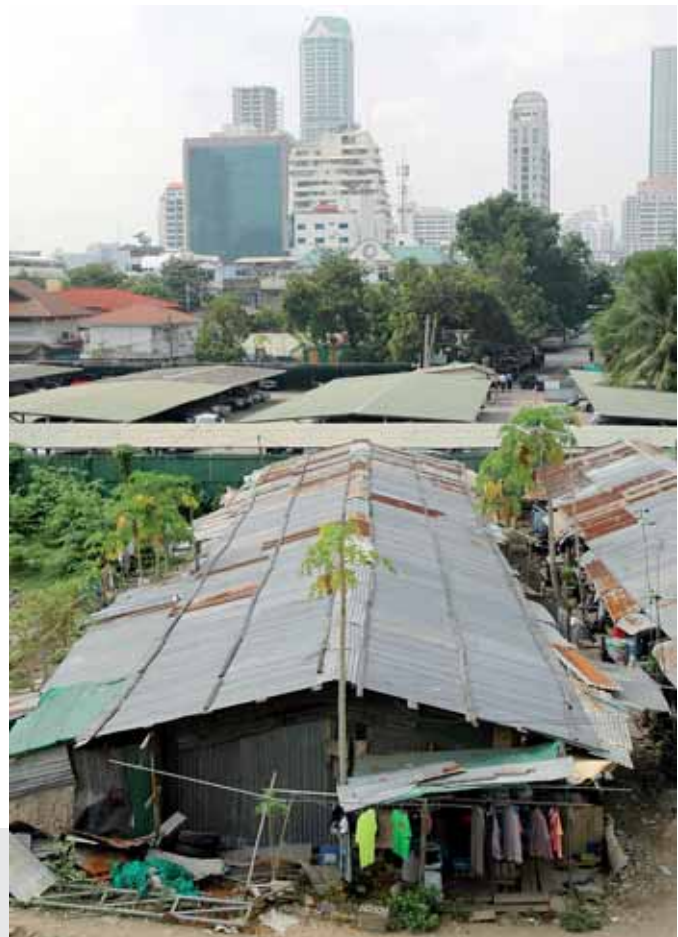
Da das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in weiten Teilen der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik als anerkannter Maßstab zur Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung gilt, ist Kritik an diesem Wert schwierig. Politiker, die sich aus welchen Gründen auch immer gegen Maßnahmen entscheiden, die das BIP erhöhen könnten, haben einen schweren Stand (Canoy/Lerais 2007: 4). Eine Debatte über Maßnahmen, die das BIP senken – etwa ein Appell, aus Umweltschutzgründen weniger zu konsumieren – dürfte zur Zeit politisch kaum zu überleben sein.

2.2 Vorteile des BIP

Die Vorzüge der Orientierung der Politik am Bruttoinlandsprodukt liegen auf der Hand: Errechnet wird ein in Geld gemessener Wert, der mit den Vor- und den Folgejahren ebenso vergleichbar ist wie mit der Entwicklung in anderen Ländern. Aus diesem Wert lassen sich Prognosen für die nächsten Jahre ableiten, die wiederum als Grundlage für die Planung der Politik dienen können. Die Berechnung erfolgt durch statistische Ämter und kann von Experten leicht nachvollzogen werden, so dass Manipulationen schwierig sind (Canoy/Lerais 2007: 3; Goosens et al. 2007: 16).

Zudem ist die Bedeutung des gemessenen Wertes leicht zu vermitteln: Es handelt sich um die schlichte Addition von Zahlen und nicht um einen kompliziert begründeten, abstrakten Index.

Bangkok, Thailand: In der Innenstadt wächst das Bruttoinlandsprodukt, am Stadtrand die Slums (Foto: ILO / M. Crozet)



2.3 Jahrzehnte alte Kritik

Trotz des Siegeszugs der Idee, die gesamte Wirtschaft mit einer einzigen Kennzahl zu erfassen, meldeten sich schon bald Kritiker dieses Konzepts. Der »Erfinder« Kuznets selbst warnte schon 1934, das Wohlergehen eines Landes könne nicht allein über das Nationaleinkommen definiert werden. 1962 mahnte er eine Unterscheidung zwischen Qualität und Quantität des Wachstums des BIP an (*Goosens et al. 2007: 12–13*).

Die Namen weiterer Ökonomen, die vor einer einseitigen Orientierung der Wirtschaftspolitik am Bruttoinlandsprodukt warnten, lesen sich wie ein Who is Who der bekanntesten Ökonomen der vergangenen Jahrzehnte, darunter John Kenneth Galbraith, Paul Antony Samuelson, William Nordhaus, James Tobin, Amartya Sen, Herman E. Daly und Joseph Stiglitz.⁵

Unter den Ökonomen wird intensiv über die Schwächen des BIP diskutiert, Dutzende Wissenschaftler, Institute und Nichtregierungsorganisationen haben alternative Ansätze zum Bruttoinlandsprodukt erarbeitet.

Die Debatte hat nahezu unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit die Politik erreicht. Die EU-Kommission, das EU-Parlament, Expertenkommissionen, die OECD, Abteilungen der Vereinten Nationen und weitere Gruppen arbeiten an der Entwicklung neuer Bewertungsmaßstäbe (siehe Kapitel 5.1).

Bei allen unterschiedlichen Ausgangspunkten und Ergebnissen herrscht in einem Punkt Einigkeit: Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht geeignet, weiterhin Leitlinie der Politik zu sein, denn, so der Titel einer Analyse der Deutsche Bank Research, »BIP allein macht nicht glücklich« (*Bergheim 2006*).

2.4 Die Schwächen des Bruttoinlandsprodukts

Die Kritik am Bruttoinlandsprodukt bezieht sich auf sehr verschiedene Aspekte, auf die hier nur zum Teil und zusammenfassend eingegangen werden kann.⁶ Eine zentrale Schwäche des BIP ist, dass nicht unterschieden werden kann, welchen Einfluss eine Veränderung des Wertes auf den Wohlstand, die Lebensqualität, die Umwelt oder die gerechte Verteilung von Gütern hat. US-Ökonomen fassten 1995 in einem Aufsatz mit drastischen Beispielen zusam-

men, was alles zu einer Steigerung des BIP beitragen kann:

- ▶ Ein im Endstadium an Krebs erkrankter reicher Mann, der sich scheiden lässt, gibt sehr viel Geld für seine Gesundheitsversorgung und Anwälte aus.
- ▶ Eine Deponie für Sondermüll kann sehr hohe Umsätze erzielen.
- ▶ Steigende Kriminalitätsraten führen zu steigenden Ausgaben für Sicherheitstechnik und private Wachdienste.
- ▶ Steigender Appetit und zunehmende Gewichtsprobleme führen zu erhöhten Umsätzen im Einzelhandel, in der Diätindustrie und im Gesundheitswesen.
- ▶ Jede Naturkatastrophe führt zu Ausgaben zur Beseitigung der Schäden (*Cobb/Halstead/Rowe 1995*).

All dies erhöht das Bruttoinlandsprodukt und damit statistisch gesehen das Pro-Kopf-Einkommen. Der monetär gestiegene Wohlstand geht aber nicht einher mit einer dauerhaften Verbesserung der Lebenssituation der Menschen.

⁵ Galbraith (die Kritik erschien im Jahr 1958), Samuelson (1961), Mishan (1967), Nordhaus und Tobin (1972), Huetting (1974), Hirsch, (1976), Sen (1976), Scitovsky (1976), Daly (1977), Hartwick (1990), Tinbergen and Huetting (1992), Arrow et al. (1995), Vellinga and Withagen (1996), Weitzman and Löfgren (1997), Dasgupta and Mäler (2000), Dasgupta (2001). Die dazugehörigen Literaturverweise siehe Bergh 2007: 20–24. In den letzten 3 Jahren ist diese Liste noch deutlich gewachsen. Die aktuelle Literatur wird teilweise im vorliegenden Papier angeführt.

⁶ Eine detaillierte Auseinandersetzung findet sich in der umfangreichen Literatur zum Thema. Siehe etwa zusammenfassend Cobb/Halstead/Rowe 1995, Bergheim 2006, Bergh 2007, Canoy/Lerais 2007, Fleurbaey 2008, CMEPSP 2008, Diefenbacher/Zieschank 2009. Im Detail siehe: Goosens 2007, Stiglitz/Sen/Fitoussi 2008, CMEPSP 2009a.

2.4.1 Was fehlt?

Langfristige Kosten fließen nicht ein

Kein Unternehmen sollte in seiner Buchhaltung seine Leistungen so erfassen, wie dies Staaten mit dem Bruttoinlandsprodukt tun. Unternehmen unterscheiden zwischen Kosten und Ertrag, erfassen Änderungen in ihren Beständen und Vorräten und beziffern ihre gesamtwirtschaftlichen (privaten und externen) Kosten. Das BIP berücksichtigt dagegen nur die Kosten der Endprodukte (Bergh 2007: 3).

Damit wird nicht erfasst, ob das Bruttoinlandsprodukt nachhaltig erzeugt wird, da Folgekosten nicht abgezogen werden. Dies gilt etwa für die Umweltbelastungen:

- ▶ Billiger Strom fördert das Wirtschaftswachstum und erhöht so das BIP. Deutschland hat seinen Strom über Jahrzehnte größtenteils aus Kohle und Kernkraft erzeugt. Weite Teile der Kohlereviere und hier insbesondere das dicht bevölkerte Ruhrgebiet sind um mehrere Meter abgesackt und liegen nun unter dem Grundwasserspiegel. Solange dort Menschen leben, müssen tausende Pumpen die Region wasserfrei halten. Die Ausgaben dafür tragen

zukünftige Generationen. Die Kosten für die Endlagerung des Atommülls sind noch nicht bezifferbar, werden aber sehr hoch sein.

- ▶ Der Klimawandel zeigt, wie unvollständig die Erfassung der Wirtschaftsleistung durch das BIP ist. Der Ausstoß von CO₂ war kostenlos und ging daher nicht als Faktor in die Berechnungen ein.

Verbrauchte Ressourcen spielen derzeit bei der Berechnung des BIP ebenfalls keine Rolle. Erfasst werden die Flussgrößen innerhalb eines Jahres, nicht die Bestände. Dies kann zu großen Verzerrungen führen:

- ▶ In Indien lebt 16% der Weltbevölkerung, die mit 4% der weltweiten Wasservorkommen auskommen muss. Millionen Pumpen fördern immer mehr Grundwasser. Seen und Flüsse werden zunehmend durch die Industrie, Landwirtschaft und städtische Abwässer verschmutzt. Steigt der Verbrauch weiter, bedroht dies mittelfristig die Existenz eines großen Teils der 600 Mio. Bauern des Landes.
- ▶ Angola war in den letzten Jahren mit Wirtschaftswachstumsraten von jährlich rund 20% eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Das Wachstum wurde

Diamantenabbau in Sierra Leone: Kurzfristig erzielte Einnahmen basieren auf der Zerstörung großer Flächen (Foto: Jolien Schure)



angetrieben durch den massiven Anstieg des Exports von Öl sowie in kleinerem Maßstab von Diamanten. Beide Produkte zusammen machen rund 98% der Exporte aus. Falls mit den Exporterlösen nicht eine dauerhaft funktionierende Wirtschaft aufgebaut wird, droht mit dem Versiegen der Rohstoffquellen der Absturz.

Leistungen ohne Preis

In allen Staaten gibt es Aktivitäten, die nicht am »Markt« gehandelt werden und für die es daher keinen Preis gibt, der ins BIP einfließt. Dazu gehören Hausarbeit, die Erziehung von Kindern und die Pflege von Kranken und Alten. Auch Subsistenzwirtschaft – etwa der Anbau von Gemüse im Garten – wird nicht ins BIP eingerechnet:

- ▶ Müsste man die unbezahlte Hausarbeit in Deutschland und Finnland bezahlen, stiege das BIP um 30–40% (*Stiglitz/Sen/Fitoussi 2008: 15*).

Unterschiedliche Lebensumstände können zu erheblichen Verzerrungen des BIP zwischen Staaten führen. Je nach Ausbau des Sozialwesens werden in einigen Staaten Leistungen »kostenlos« zu Hause erbracht, die in anderen Ländern in Unternehmen oder staatlichen Einrichtungen gegen Bezahlung in Auftrag gegeben werden. Auch innerhalb von Staaten führen unterschiedliche Formen der Ausführung der gleichen Dienstleistung zu einem stagnierenden oder steigenden BIP:

- ▶ Wird ein Kind zu Hause geboren, steigt das BIP nicht, wird es im Krankenhaus geboren, dagegen doch. Die Pflege von Kranken taucht ebenfalls nur in der BIP-Statistik auf, wenn sie Kosten außerhalb der Familie verursacht.

Nicht nur die Arbeitszeit des Menschen beeinflusst sein Wohlbefinden, sondern auch die Zeit, in der er nichts tun muss. Steigt jedoch die Freizeit auf Kosten der Arbeitsstunden, droht ein Sinken des BIP:

- ▶ Die Pro-Kopf-Einkommen der Franzosen liegen bei 66% des Wertes, den die US-Amerikaner erreichen. Addiert man jedoch staatliche Transferleistungen hinzu und bewertet Hausarbeit und Freizeit monetär, verschieben sich die Werte deutlich. Die staatlichen Transfers in Frankreich sind höher und die Menschen

haben mehr Freizeit. Nach der Einbeziehung dieser Unterschiede liegen die Franzosen bei 87% der Pro-Kopf-Einkommen in den USA (*CMEPSP 2009: 31–34; CMEPSP 2009a: 38*). Nicht monetär erfassbar ist, ob die Franzosen durch ihr Mehr an Freizeit auch eine bessere Lebensqualität genießen, die das geringere Einkommen (mehr als) aufwiegt.

Fehleranfällige Bewertung des informellen Sektors

Statistiker stehen vor dem Problem, dass weite Teile der weltweiten Produktion nicht in Unternehmen mit Buchführung, Bilanzen und Arbeitsverträgen stattfinden, sondern im informellen Sektor. Dieser Bereich ist nur durch Schätzungen erfasst und fließt daher mit einem großen Unsicherheitsfaktor in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts ein. In vielen Entwicklungsländern ist der informelle Sektor wesentlich weiter verbreitet als der statistisch leicht erfassbare formelle Bereich:

- ▶ Laut einer Studie der OECD arbeiten weltweit rund 1,8 Mrd. Menschen und damit 60% der arbeitsfähigen Bevölkerung im informellen Sektor. In Sub-Sahara-Afrika liegt die Rate im nichtagrarisches Bereich bei 75%, in Südostasien bei 70% in Südamerika bei über 50% (*OECD 2009*).

Dies birgt eine große Fehlerquelle bei der Erfassung des BIP, und die Ableitung politischer Maßnahmen auf der Grundlage solcher Zahlen ist äußerst fragwürdig.

2.4.2 Was wird zu viel gezählt?

Ersatzanschaffungen werden mitgezählt

Bei der Berechnung des BIP wird nicht berücksichtigt, dass ein erheblicher Teil der neuen Produkte lediglich Ersatz für Produktionsmittel darstellt, die nicht mehr genutzt werden können. Die Nutzungszeiten vieler Produktionsmittel haben sich in den letzten Jahrzehnten durch die neuen Informationstechnologien deutlich verkürzt, so dass die Neubeschaffung »veralteter« Produkte (darunter Computer, Kommunikationstechnik, computergesteuerte Maschinen) einen immer größeren Teil des BIP ausmachen:

- ▶ 15% der in den OECD-Ländern produzierten Waren dienen lediglich als Ersatz für alte Produktionsmittel. In Japan stieg der Anteil sogar auf mehr als 20% (Giovannini/Hall/d'Ercole 2007: 9; Goosens et al. 2007: 13; Bergheim 2006: 3).

Defensive Kosten zählen mit

Ein erheblicher Teil der Ausgaben eines Landes dient nicht der Produktion, sondern der Reparatur. Die Kosten für die Bekämpfung von Kriminalität und der Bau von Gefängnissen fließen ebenso in die Statistik ein wie Reparaturen nach Naturkatastrophen oder die Vorbeugung vor weiteren Katastrophen:

- ▶ Die Zunahme der Kosten für die Bekämpfung des Klimawandels wird das BIP erhöhen. Auch wenn Menschen durch Umweltbelastungen wie Lärm oder schlechte Luftqualität erkranken und behandelt werden müssen, steigt das BIP.
- ▶ Der Ausbau von Flutungsgebieten, Dämmen etc. entlang des Rheines erzielt erhebliche Umsätze, beschäftigt Bauunternehmen und Scharen von Angestellten in den betroffenen Kommunen. Notwendig wurden diese Maßnahmen durch die Zersiedelung der Rheinufergebiete, Flussbegradigungen, Abholzung in den Einzugsgebieten des Flusses sowie stärkere kurzfristige Niederschlagsmengen aufgrund des Klimawandels.

Profiteure im Ausland

Das Bruttoinlandsprodukt unterscheidet nicht, ob Menschen im Erzeugerland oder Menschen im Ausland vom erwirtschafteten Einkommen profitieren. In vielen Staaten fließt jedoch ein erheblicher Teil des BIP als Gewinn an ausländische Unternehmenszentralen oder Investoren. Dies gilt in starkem Maße für Rohstoffe fördernde Entwicklungsländer, doch auch für einige Industrieländer:

- ▶ Aus Irland floss während des Wirtschaftsbooms rund 15% des BIP ins Ausland. Andere Länder, darunter Japan und in einigen Jahren auch Deutschland, verzeichneten dagegen einen Zustrom von Geld, so dass dort die verfügbaren Einnahmen höher waren als das BIP (Bergheim 2006: 3).



Informeller Sektor in Ghana (Foto: Svea Koch)

2.4.3 Was wird ignoriert?

Verteilung

Die Steigerung des BIP sagt nichts über die Einkommen der Menschen aus. Auch wenn das Einkommen insgesamt steigt, kann der Zuwachs ganz oder zum größten Teil einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe zugute kommen, ohne dass die Masse der Bevölkerung profitiert:

- ▶ Laut den Vereinten Nationen lag das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Äquatorialguinea 2007 bei 30.000 US-Dollar, das höchste ganz Afrikas. Der relative Reichtum basiert auf dem Verkauf von Öl, von dem nur eine kleine Bevölkerungsschicht und ausländische Konzerne profitieren. Zugleich hat das Land eine der höchsten Kindersterblichkeitsraten der Welt, die Lebenserwartung liegt bei 50 Jahren, und nur 60% der Kinder werden eingeschult.
- ▶ Selbst innerhalb von Industrienationen sagt ein Haushaltseinkommen relativ wenig über den tatsächlichen Lebensstandard aus, da die notwendigen Ausgaben je nach Lebensumständen sehr unterschiedlich sein können (siehe Kasten).

Ein Haushalt mit beiden Elternteilen und zwei Kindern verdient 55.000 Euro im Jahr. Erwirtschaftet wird dies, indem ein Elternteil gegen ein Gehalt außerhalb des Hauses arbeitet und der andere Haushaltsführung und Kindererziehung übernimmt. Putzen, Kochen, Einkaufen, Kindererziehung etc. tauchen so nicht als Leistung im Bruttoinlandsprodukt auf. Nun nehmen wir einen gleich aufgebauten Haushalt, in dem beide Elternteile außer Haus Vollzeit arbeiten und ebenfalls auf 55.000 Euro Einkommen pro Jahr kommen. Sie haben Putzen, Kochen, Einkaufen, Kindererziehung etc. größtenteils an bezahlte Kräfte vergeben, was einen erheblichen Teil der Einkommen aufzehrt. Rein statistisch gesehen haben beide Haushalte die gleichen Einkommen und damit auch den gleichen Lebensstandard (siehe *CMEPSP 2009a: 35*).

Wirkungen über Ländergrenzen

Der Anstieg des BIP in einem Land kann direkt mit Nachteilen in einem anderen Land verbunden sein:

- ▶ Der Preisanstieg von Grundnahrungsmitteln hat im Jahr 2008 dazu geführt, dass die Wachstumsraten in den Agrarnationen deutlich stiegen. Zugleich führte der Preisanstieg zu einer deutlichen Verschärfung der Situation der Hungernden in vielen anderen Staaten, die von Nahrungsmittelimporten abhängen.

Falsche Signale durch Preise

Marktpreise können falsche Signale geben, die mit der Bewertung der Gesellschaft nicht übereinstimmen:

- ▶ Wird ein Wald in einer Stadt abgeholzt, um Platz für ein Baugebiet zu schaffen, entsteht kein direkter monetärer Verlust. Doch viele Anwohner werden einen großen

Verlust empfinden, da ihr Stadtviertel nicht mehr so schön ist und sie Raum zum Spaziergehen und Erholen verloren haben.

- ▶ Abholzung von Regenwäldern schafft kurzfristigen Umsatz durch den Verkauf von Holz, zerstört jedoch die regionalen und globalen Lebensgrundlagen.

Streit über korrekte Erfassung

Die Fehlerquellen bei der Erfassung des BIP umfassen neben den Dingen, die direkten Einfluss auf das Wohlergehen der Menschen haben, noch eine Vielzahl weiterer Bereiche.

- ▶ Ungeklärt ist, wie die Qualitätsänderungen bei Produkten, Bildung, Finanzdienstleistungen oder in der Gesundheitsversorgung adäquat in Zahlen umgesetzt werden sollen.
- ▶ Vom Staat bereitgestellte Dienstleistungen werden unvollständig erfasst. Bei den Ausgaben für Sicherheit, medizinische Versorgung, Bildung etc. werden die Kosten erfasst, nicht aber der Nutzen der Leistungen. Hohe Bildungsausgaben in einem ineffizienten System erhöhen daher das BIP stärker als niedrige Ausgaben in einem effizienten System, das zu einem höheren Bildungsniveau führt.
- ▶ Einige Ökonomen fordern, Ausgaben in Bildung und Gesundheit eher als Investitionen in Humankapital denn als Konsum zu behandeln.

Esmeraldas, Ecuador: Regenwaldrodung zur Anlage von Palmölmonokulturen (Foto: Klaus Schenck/www.regenwald.org)



3. Ansätze zur Korrektur des BIP

»Was wir messen, beeinflusst was wir tun, und wenn unsere Messgrößen fehlerhaft sind, sind Entscheidungen möglicherweise ebenfalls verzerrt. Die Wahl zwischen der Förderung des Bruttoinlandsprodukts und dem Schutz der Umwelt ist vielleicht eine falsche Wahl, sobald Umweltzerstörungen in angemessener Weise in unsere Messung der Wirtschaftsleistung einbezogen werden. Ebenso ziehen wir Rückschlüsse darüber, was gute Politik ausmacht, indem wir darauf schauen, welche Politik wirtschaftliches Wachstum begünstigt hat. Aber wenn unsere Messgrößen fehlerhaft sind, dann könnten es auch die Rückschlüsse sein, die wir ziehen«⁷ (CMEPSP 2009a: 7).

Die Diskussion über die Grenzen des Wachstums ist Jahrhunderte alt. Der britische Ökonom Thomas Robert Malthus (1766–1834) prophezeite bereits vor 200 Jahren eine zunehmende Verelendung der Menschen durch die steigende Weltbevölkerung. Seine pessimistischen Prognosen haben sich glücklicherweise als falsch erwiesen. Doch die von ihm gestellte Frage, wie viel Wachstum die Erde verträgt, ist aktueller denn je.

Der Bericht des Club of Rome von 1972 über »Die Grenzen des Wachstums« fachte die Debatte über die Ausrichtung des zukünftigen Wachstums weiter an. Ein erheblicher Teil der Vorhersagen von damals ist eingetroffen, in einigen

Bereichen schneller als erwartet. Dies gilt insbesondere für die Geschwindigkeit und die Auswirkungen der Klimaveränderungen (Meadows/Randers/Meadows 2007; UNEP 2009).

Während ein Teil der Ökonomenzunft und der Politik darüber stritt, ob es statt der Grenzen des Wachstums nicht auch ein »Wachstum der Grenzen« durch die Fortentwicklung der Technik geben könnte, suchten andere nach neuen Wegen zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts. Diese Berechnungen sollen die Basis bieten für eine ehrlichere Einschätzung der Entwicklung eines Landes und so verlässlichere Prognosen wie auch eine effektivere Lenkung der Wirtschaft durch die Politik ermöglichen.

3.1 MEW, ISEW, GPI, etc.

Ein erster Entwurf, der eine Korrektur der gebräuchlichen Methode bieten sollte, stammt von den beiden Nobelpreisträgern William Nordhaus und James Tobin (Nordhaus/Tobin 1972). Sie entwickelten ein »Maßsystem für den ökonomischen Wohlstand« (Measure of Economic Welfare – MEW). Ihre Basis war das bestehende BIP. Davon zogen sie für den Wohlstand bedeutungslose oder schädliche Bereiche ab, darunter Abschreibungen, Kosten für Umweltverschmutzung, Militär und Kriminalität. Hinzuaddiert wurden Hausarbeit, informelle Produktion, illegale Produktion und Freizeit. Ihre Methodik wurde zur Grundlage aller weiteren Versuche, innerhalb des bestehenden Systems die Berechnungsgrundlage des BIP zu erweitern (Bergheim 2006: 4; Goosens et al. 2007: 21–22).

Das MEW wurde ausgebaut, Nachhaltigkeitskriterien (SMEW) wurden einbezogen. Zu den

wichtigsten Nachfolgemodellen gehören:⁸

- ▶ »Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand« (Index of Sustainable Economic Welfare – ISEW), der ähnlich dem MEW aufgebaut ist, doch auch soziale Ungleichheit und den Schwund von natürlichen Ressourcen mit einberechnet.
- ▶ Dieser wurde weiterentwickelt zu einem »Echten Fortschrittsindikator« (Genuine Progress Indicator – GPI), in den zusätzlich soziale Faktoren einfließen, darunter die Verbrechen- und Scheidungsraten und die Verschuldung der Haushalte.

⁷ Übersetzung: Svea Koch

⁸ Eine Übersicht über die verschiedenen Ansätze, die hier nur zu einem kleinen Teil aufgeführt werden können, siehe: CMEPSP 2008, CMEPSP 2009a, Goosens et al. 2007.

Eine Reihe von Staaten, darunter Kanada, die Niederlande, Neuseeland und Australien, haben nach diesen Modellen ihre Wirtschaftsleistung neu berechnet. Auffallend ist, dass der Anstieg der Indices lange Zeit parallel zur Entwicklung des BIP verlief. Ab einem bestimmten Zeitpunkt jedoch stieg das BIP – meist in den 1980er Jah-

ren – weiter an, während die Werte von ISEW und GPI stagnierten oder sanken. Dies kann als deutlicher Hinweis gelesen werden, dass das Wirtschaftswachstum ab einem bestimmten Punkt nicht mehr nachhaltig war (Daly 1999: 138; CMEPSP 2009a: 66).

3.2 Der NWI

Die beiden deutschen Ökonomen Hans Diefenbacher und Roland Zieschank haben die Modelle verfeinert und zu einem Neuen Wohlfahrtsindex (NWI) weiterentwickelt. Insgesamt wurden 21 Bereiche zum BIP addiert oder subtrahiert. Grundsätzlich geht es dabei weniger darum, ob das BIP größer oder kleiner ist als der so errechnete Wert. Die Autoren möchten einen neuen, umfassenderen Index schaffen.

Fast alle ausgewählten Indikatoren lassen sich in Euro ausdrücken, und für die meisten liegen bereits auf anerkannten Grundlagen basierende Berechnungen vor. Der Neue Wohlfahrtsindex beschränkt sich bewusst auf die Bereiche, die monetär erfassbar sind:⁹

1. Index der Einkommensverteilung und
2. gewichtete Konsumausgaben

Beide Indikatoren sind eng miteinander verknüpft. Grundannahme ist, dass ein Wachstum der Einkommen und damit des Verbrauchs dann die höchsten Wirkungen auf den Wohlstand hat, wenn ärmere Bevölkerungsgruppen am stärksten profitieren. Steigt dagegen das Einkommen nur in den reichsten Gruppen, ist der Nutzen für die Gesamtbevölkerung sehr begrenzt. Daher wird zuerst auf der Basis des international gebräuchlichen »Gini-Indexes«¹⁰ berechnet, ob die Ungleichheit der Einkommen zu- oder abgenommen hat. Der so errechnete Wert dient als Grundlage für die Berechnung der Konsumausgaben: Stieg die Einkommensungleichheit, kann die Wohlstandsteigerung durch zusätzliche Ein-

kommen nicht sehr hoch gewesen sein, da die Konsumausgaben der Masse der Bevölkerung nicht gestiegen sind.

3. Wert der Hausarbeit
4. Wert der ehrenamtlichen Arbeit

Für beide Werte liegen Berechnungen vor. Der Wert der Hausarbeit und der ehrenamtlichen Arbeit liegt bei rund 700 Mrd. Euro und fließt in den Neuen Wohlfahrtsindex ein.

5. Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen

Öffentliche Ausgaben etwa für Sicherheit oder zur Behebung von Gesundheitsschäden durch Umweltbelastungen sind defensiv und nicht wohlfahrtssteigernd. Andere Ausgaben insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit fördern dagegen das Wohlergehen der Menschen. Daher wird aus diesen beiden Feldern die Hälfte der Ausgaben in den neuen Index einbezogen.

6. Dauerhafte Konsumgüter: Kosten oder Nutzen

In einem ersten Schritt werden die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter (Unterhaltungselektronik, Autos, Möbel etc.) vom Ausgangswert abgezogen. Dann wird der Nutzen für diese Güter wieder hinzuaddiert. Geht man beispielsweise davon aus, dass ein Auto 10 Jahre genutzt wird, dann wird 10 Jahre lang 10% des Beschaffungspreises des Autos angesetzt (und nicht einmalig der Gesamtpreis).

7. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte
8. Kosten von Verkehrsunfällen

⁹ Details zu den Berechnungsgrundlagen siehe Diefenbacher/Zieschank 2009: 26–81.

¹⁰ Der vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelte Gini-Index misst die Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft.



Kein ökonomischer Wert – und dennoch ein schöner Anblick (Foto: Monika Adams)

9. **Kosten von Kriminalität**
10. **Kosten alkoholassoziierter Krankheiten**
11. **Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen**
12. **Schäden durch Wasserverschmutzung**
13. **Schäden im Zuge von Bodenbelastungen**
14. **Schäden durch Luftverschmutzung**
15. **Schäden durch Lärm**
16. **Verlust bzw. Gewinn durch die Veränderung der Fläche von Feuchtgebieten**
17. **Schäden durch Verlust von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche**
18. **Ersatzkosten durch Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen**
19. **Schäden durch CO₂-Emissionen**

Der Ansatz, nicht wohlfahrtssteigernde Dinge abzuziehen, wird auf verschiedenste Bereiche übertragen. Erhebliche Summen, die in der derzeit gebräuchlichen Berechnungsmethode das Bruttoinlandsprodukt erhöhen, senken daher die Wirtschaftsleistung im Neuen Wohlfahrtsindex. Darunter sind mehr als 30 Mrd. Euro für die Fahrten zum Arbeitsplatz, knapp 30 Mrd. Euro für Kosten von Verkehrsunfällen und mehr als 20 Mrd. Euro, die für die Behandlung alkoholbedingter Erkrankungen ausgegeben werden. Doch auch die Luftverschmutzung schlägt mit einem Abzug von fast 20 Mrd. Euro zu Buche. Noch wesentlich höher (250 Mrd. Euro) und zudem schnell steigend sind die Kosten, die

aufgrund des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen abgezogen werden. Die Kosten für die CO₂-Emissionen haben mit 70 Mrd. Euro ebenfalls einen erheblichen Umfang.

20. **Nettowertänderungen des Anlagevermögens (ohne Bauten)**
21. **Veränderungen der Kapitalbilanz**

Mit Hilfe der Berechnung der Kapitalausstattung soll dargestellt werden, ob Deutschland genügend in die Produktionsmittel (Anlagen und Gebäude) investiert, um zumindest den aktuellen Standard zu erhalten. Dies geschieht derzeit. Der letzte Wert schließlich erfasst, ob Deutschland

Wie misst man den Wert von Natur und Tierwelt? (Foto: Monika Adams)



ein Gläubiger- oder ein Schuldnerland ist. In den Jahren 2004 bis 2006 wurden jeweils über 119 Mrd. Euro mehr von Deutschen im Ausland investiert als Geld vom Ausland nach Deutschland floss.

Auf den Punkt gebracht: »Bei einer Betrachtung der Einzelvariablen wird deutlich, dass die Einkommensverteilung die Basis des NWI stark verändern kann. Hausarbeit und ehrenamtliche Arbeit sind die ‚positiven Blöcke‘, die quantitativ ins Gewicht fallen. Auf der negativen Seite sind dies die kumulierten negativen externen Effekte im Umweltbereich. Das Ergebnis ist nicht wirklich überraschend, zeigt aber noch einmal sehr

deutlich die Notwendigkeit einer fundamentalen Korrektur der Vorstellung, Wirtschaftswachstum sei quasi selbstläufig mit Wohlfahrtsgewinnen verbunden«. (Diefenbacher/Zieschank 2009: 86).

Die stärkere Berücksichtigung ökologischer und sozialer Tendenzen bietet eine gute Grundlage zur Diskussion, was Fortschritt eigentlich bedeutet. Zugleich treten die Widersprüchlichkeiten der derzeitigen Erfassung offen zu Tage: Eine Erhöhung der Pendlerkosten aufgrund steigender Benzinpreise würde beispielsweise bei der Berechnung des BIP die Wohlfahrt steigern, beim NWI diese jedoch senken.

3.3 Ökologische Korrekturen

Weitere Ansätze konzentrieren sich auf die Frage, wie die ökologischen Folgen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen besser erfasst werden können. In dem im Jahr 2003 veröffentlichten System of Economic and Environmental Accounts (SEEA) entwarfen die Europäische Kommission, der Internationale Währungsfonds, die OECD, die Vereinten Nationen und die Weltbank Richtlinien, wie eine umweltorientierte Erfassung des Wirtschaftens aussehen könnte (Giovannini/Hall/d'Ercole 2007: 15).

China hat versucht, die Umweltschäden des Wirtschaftswachstums zu erfassen und vom BIP abzuziehen. Im September 2006 veröffentlichte die chinesische Regierung eine Berechnung, wonach bis zu 5% des BIP zur Reparatur der Umweltschäden genutzt werden, einige Quellen gehen sogar von bis zu 12% des BIP aus – Tendenz steigend (Hütz-Adams 2007: 41). Auch in der EU laufen Untersuchungen in diese Richtung. Die Datenlage ist allerdings noch lückenhaft (Goosens et al. 2007: 26–28).

Wirkliche Sparquote und Ökologischer Fußabdruck

Die Weltbank hat einen eigenen Index erstellt und die »Wirkliche Sparquote« (»Genuine Savings«) für mehr als 140 Staaten errechnet. In dieser werden die Ausgaben für Bildung zum BIP

hinzugerechnet, der Abbau von Bodenschätzen, die Abholzung von Wäldern und Umweltschäden (CO₂-Emissionen, Feinstaub) dagegen abgezogen. Das Ergebnis zeigt, dass einige Länder trotz steigenden BIPs ärmer geworden sind (Goosens et al. 2007: 28–31). Allerdings fehlen wichtige Werte bei der Berechnung, darunter etwa der Verbrauch unterirdischer Wasserquellen, nicht nachhaltige Fischerei, Bodenerosion oder der Verlust von Biodiversität. Auch die Methode zur Einberechnung der Kohlendioxidemissionen ist umstritten (CMEPSP 2009a: 67–69).

Ein weiterer Versuch, die Nachhaltigkeit von Produktion und Konsum zu berechnen, ist der Ökologische Fußabdruck. Dazu wird die Fläche berechnet, die benötigt wird, um Nahrungsmittel, Holz, Fasern etc. zu produzieren, die ein Land zur Befriedigung des derzeitigen Konsums benötigt. Hinzu kommt die Fläche, die zur Aufnahme von Abfällen inklusive der CO₂-Emissionen benötigt wird. Verfeinerungen des Modells lassen es mittlerweile zu, dass diese Werte für Einzelpersonen bestimmt werden können. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Industrienationen weit mehr »Fläche« verbrauchen, als sie besitzen. Übernimmt der Rest der Welt diesen Konsumstil, würde man mehrere Erden benötigen. Damit ist der Ökologische Fußabdruck ein eindeutiger Hinweis darauf, dass die derzeitige Form des Wirtschaftens nicht nachhaltig ist (BUND/Brot für die Welt/EED 2008: 120–123). Jedoch ist es durch die Berechnungsart schwierig, daraus direkte Folgerungen abzuleiten (Goosens et al. 2007: 34–39; CMEPSP 2009a: 69–80).

3.4 Verknüpfung des BIP mit anderen Indices

Neben dem Versuch, durch Addition und Subtraktion einzelner Werte auf der Basis des Bruttoinlandsprodukts einen neuen Index zu entwickeln, gibt es Bemühungen, die Bemessung um soziale Aspekte zu erweitern. Vor allem in der entwicklungspolitischen Diskussion ist der Ansatz, den Wohlstand der Menschen über das Bruttoinlandsprodukt und daraus abgeleitet über das Pro-Kopf-Einkommen zu definieren, seit vielen Jahren in der Kritik. Dennoch wird die Armutsdefinition der Weltbank, die Armut ausschließlich anhand des Einkommens der Menschen misst, weiterhin in Presse und Fachliteratur zitiert. Sie dient als Maßstab für die Bewertung, ob die Zahl der Armen weltweit steigt oder sinkt.

Als arm gelten demnach diejenigen, die pro Tag weniger als 2 US-Dollar zur Verfügung haben. Von diesen gelten die Menschen als extrem oder absolut arm, die mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen. Das ist der Betrag, der zur Deckung des Mindestbedarfs an Ernährung ausreichen soll. Ende 2008 wurde der Wert, unterhalb dessen Menschen als extrem arm gelten, auf 1,25 US-Dollar angehoben. Doch die Berechnungsmethode ist umstritten. Dies beginnt bereits bei der Frage, wie die Wirtschaftsleistung einzelner Staaten in die Referenzwährung US-Dollar umgerechnet werden soll. Je nach Methode schwankt die Zahl der Armen um mehrere hundert Millionen Menschen (*Reddy/Pogge 2003; Grinspun 2005*).

Unbefriedigend ist zudem, dass neben den Einkommen keine anderen Werte in die Einschätzung des Grades der Armut einbezogen werden. UNDP, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, spricht seit 1997 statt von Einkommensarmut von »menschlicher Armut«: »Armut manifestiert sich in den Entbehrungen, die das Leben der Menschen bestimmen. Armut bedeutet häufig nicht nur das Fehlen notwendiger Voraussetzungen für materielles Wohlbefinden, sondern auch die Vorenthaltung von Chancen auf ein erträgliches Leben. [...] Entscheidend sind die Möglichkeiten, ein langes und gesundes Leben zu führen, Bildung zu erwerben und einen angemessenen Lebensstandard zu genießen. Sie werden ergänzt durch politische Freiheiten, garantierte Menschenrechte und verschiedene Elemente der Selbstachtung« (*UNDP 1997:17*).

Amartya Sen: »Ökonomie für den Menschen«

Viele Anstöße zu einer Umorientierung der Bemessung der Lebenssituation der Menschen weg vom Einkommen hin zu einem erweiterten Begriff gehen auf den indischen Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen zurück. Dieser definiert Armut als Mangel an Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. Nicht nur Einkommen und die Ausstattung mit bestimmten Gütern sind für eine Überwindung der Armut entscheidend, sondern die Möglichkeit der Menschen, einen Zugang zu den vorhandenen Ressourcen zu erhalten. Diese »Zugangsrechte« bekommen die Menschen nicht nur durch eine gestärkte Kaufkraft, sondern auch durch die Befähigung zur Eigenproduktion oder durch Tausch. Die Aufgabe des Staates ist es daher, so Sen, für absolute Chancengleichheit zu sorgen, damit jeder und jede seine Fähigkeiten nach freiem Willen in die Gesellschaft einbringen kann. Dies erfordert zum Beispiel auch den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Gesundheit, angemessener Wohnung, Elektrizität und Trinkwasser (*Sen 2002*).

Index der menschlichen Entwicklung

Ein Teil der Gedanken von Sen floss in den Versuch ein, das Bruttoinlandsprodukt mit sozialen Werten zu kombinieren und so einen neuen Maßstab für die Bewertung der Lebensumstände der Menschen zu schaffen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) erstellt jährlich einen »Index der menschlichen Armut« (»Human Development Index« – HDI). Dieser kombiniert drei Datensätze:

- ▶ Die Lebenserwartung, die Rückschlüsse auf die medizinische Versorgung der Menschen zulässt,
- ▶ das Bildungsniveau und
- ▶ den Lebensstandard, der am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gemessen wird.

Der höchste erreichbare Wert des Indexes ist 1, der niedrigste 0. Die UNDP unterteilt die Länder nach dem HDI-Wert in drei Entwicklungskategorien:

- ▶ Länder mit hoher menschlicher Entwicklung: größer 0,8
- ▶ Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung: 0,8 bis 0,5
- ▶ Länder mit geringer menschlicher Entwicklung: kleiner 0,5

Dabei zeigt sich, wie gewaltig die Unterschiede zwischen den Staaten sind. Der Index gibt wichtige Hinweise darauf, dass das BIP keineswegs ausreicht, um die Situation der Menschen zu erfassen. Der HDI von Äquatorialguinea ist beispielsweise genauso hoch wie der von Vietnam, obwohl dort die Pro-Kopf-Einkommen (2007: 30.000 US-Dollar) mehr als zehn Mal so hoch sind. Auch die eigens erfassten Daten zur Situation der Frauen belegen in vielen Fällen deren massive Benachteiligung und so das Versagen der Regierungen (UNDP 2009: 204 und 213–216).

In den letzten Jahren wurden zudem für viele Staaten eigene Berichte veröffentlicht, die die

regionalen Unterschiede innerhalb des Landes deutlich zeigen. In Indien, China oder Brasilien gibt es beispielsweise einzelne Regionen und Städte, deren HDI nahezu das Niveau der reichen Industrieländer erreicht und andere Regionen, die einen sehr niedrigen HDI haben. Die daraus abzulesende Ungleichbehandlung der Menschen verschiedener Regionen oder auch verschiedenen ethnischen Hintergrunds ist ein eindeutiger Beleg dafür, wie wenig aussagekräftig statistische Durchschnittsangaben sind, die keine differenzierte Betrachtung der benachteiligten Gruppen innerhalb von Staaten zulassen.

Dennoch weist der HDI noch große Leerstellen auf. Ökologische Aspekte werden nicht erfasst, und die politische Situation im Lande spiegelt sich in den Daten nur indirekt wieder, da Mängel bei Gesundheit und Bildung auf Fehler in der Sozialpolitik und bei der Verteilungsgerechtigkeit schließen lassen. Dabei bleiben viele wichtige Aspekte, wie z.B. politische Freiheiten oder das Vorhandensein von persönlicher Sicherheit, unberücksichtigt.

Im armen Norden Ghanas: Glücksmomente trotz schwacher Wirtschaftsleistung (Foto: Svea Koch)



4. Glück als Maßstab

»Gegenwärtig spielt sich in der Ökonomie eine beinahe revolutionäre Entwicklung ab. Die direkte empirische Erfassung des subjektiven Wohlbefindens fordert die traditionelle Ökonomie heraus, inspiriert sie zu neuen Einsichten und eröffnet neue Wege der wissenschaftlichen Forschung.« (Frey/Stutzer 2009: 17).

Die Frage, was das Wohlbefinden und damit das Glück beeinflusst, wird seit tausenden Jahren von Philosophen und Theologen aus allen Kulturkreisen immer wieder gestellt. Sie spielte auch bei den neuzeitlichen Denkern im westlichen Kulturkreis, die sich über die Rolle des Staates in der Wirtschaft Gedanken machten, eine wichtige Rolle. Der britische Philosoph und Jurist Jeremy Bentham (1748–1832) forderte von der Regierung, das »größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl« zu ermöglichen. Benthams »Utilitarismus« wurde in den folgenden Jahrhunderten weiterentwickelt, dennoch

fehlt ein anerkannter Maßstab für das Glück der Menschen und damit auch die Möglichkeit, zielgerichtete Schritte von Politik und Wirtschaft zu fordern (Layard 2003: 2–3).

In den vergangenen Jahrzehnten rückten ökonomische Faktoren eines glücklichen Lebens in den Mittelpunkt: Für Regierungen waren höhere Einkommen der konkreteste Weg, ihren Untertanen und später ihren Wählern zu gefallen. Die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens und damit verbunden das Wachstum des BIP sollten dazu führen, dass die Menschen zufriedener und vor allem glücklicher werden.

4.1 Stark verbesserte Datenlage

Die Datenlage zur Erfassung menschlichen Wohlbefindens und Glücks hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verbessert. Zwar bleibt der Vergleich von Daten über die Zu-

friedenheit von Menschen mit ihrem Lebensstandard schwierig, sobald größere Zeiträume betrachtet werden. Die Globalisierung und die Fortschritte in der Informationstechnologie ha-

Karneval in Köln: Welchen Wert hat Brauchtumspflege? (Foto: Monika Adams)



ben außerdem dazu geführt, dass Maßstäbe sich schnell ändern können. Je nach Person, Kultur etc. variiert die Einschätzung der eigenen Situation beträchtlich.

Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen – Psychologen, Soziologen, Statistiker, Ökonomen etc. – arbeiten daher an international vergleichbaren Standards, so dass die Umfrageergebnisse von Land zu Land und auch im Zeitverlauf verglichen werden können. (Frey/Stutzer 2007: 2–3; Layard 2003: 4–13; Layard 2005: 3–28).

Neben materiellem Wohlstand entscheiden viele weitere Faktoren über menschliches Glück. Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten (Arbeit, Freizeit), politische Betätigungs-

möglichkeiten, soziale Verbindungen, Umwelt, persönliche Unsicherheit (Kriminalitätsraten, Unfälle, Naturkatastrophen) und ökonomische Unsicherheit (Arbeitslosigkeit, soziale Sicherungssysteme) werden am häufigsten genannt. Die verschiedenen Felder sind eng miteinander verbunden. Ein Umzug zu einem weit entfernten Ort kann beispielsweise zu deutlich höheren Einkommen führen – und hat den Preis abgebrochener sozialer Bindungen. Gesundheit, Bildung und Einkommen sind ebenfalls eng miteinander verknüpft. Höhere Bildung führt in der Regel zu besserer Gesundheit und höherem Einkommen. Zugleich ermöglichen erst höhere Einkommen für viele Menschen den Erwerb von Bildung und die Absicherung der Gesundheit (Frey/Stutzer 2002: 29, 66; CMEPSP 2009a: 41–60, 143–232).

4.2 Einkommen: Faktor unter vielen

Ob Menschen sich wohl fühlen und als Folge davon glücklich sind, hängt somit von einer Vielzahl von Faktoren ab. Die beiden Züricher Ökonomen Bruno S. Frey und Alois Stutzer stellen daher in einer Zusammenfassung des Forschungsstands fest, dass es nicht das eine Maß und die eine Ursache für Glück gibt. Sie regen an, zwischen »mindestens sechs Gruppen von Bestimmungsgründen zu unterscheiden:

- ▶ Persönlichkeitsfaktoren wie Selbstwertgefühl, Wahrnehmung persönlicher Kontrolle, Optimismus, Extraversion und neurotische Grundstimmung;
- ▶ spirituelle Faktoren im Zusammenhang mit Glauben und Religion;
- ▶ soziodemographische Faktoren wie Alter, Geschlecht, Zivilstand und Bildung;
- ▶ wirtschaftliche Faktoren wie individuelles oder aggregiertes Einkommen, Arbeitslosigkeit und Inflation;
- ▶ kontextabhängige und situative Faktoren wie Arbeitsbedingungen, persönliche Beziehungen mit Mitarbeitern, Verwandten, Freunden und insbesondere mit dem Lebenspartner sowie Gesundheit; und
- ▶ institutionelle Faktoren wie Arbeitsmarktregulierungen und Sozialversicherungen so wie auch das Ausmaß politischer Mitbestim-

mungsmöglichkeiten oder politischer Dezentralisierung« (Frey/Stutzer 2009: 9).

Komplexe Erkenntnisse

Die Datenerhebungen über das Glück der Menschen lassen sich mit solchen über ihre Einkommen abgleichen. Die Einkommen haben, das zeigt eine Vielzahl von Studien¹¹, nur einen begrenzten Einfluss auf die Zufriedenheit und damit auf das Glück der Menschen. Dies gilt umso mehr, je höher das Durchschnittseinkommen in den untersuchten Staaten ist.

Zunächst gilt, wenig überraschend, dass die Menschen in den höchsten Einkommensgruppen in der Regel glücklicher sind als der Bevölkerungsanteil mit niedrigen Einkommen. Allerdings ist unklar, wie die Kausalkette verläuft, denn Glück und Einkommen stehen in einer komplizierten Verbindung zueinander. Glückliche junge Menschen verdienen in ihrem späteren Berufsleben mehr Geld als unglückliche: Studien belegen, dass glückliche Menschen auf dem Arbeitsmarkt erfolgreicher sind, sie sind

¹¹ Zusammenfassend siehe CMEPSP 2009: 36 – 61, Frey/Stutzer 2007, Frey/Stutzer 2009, Layard 2003, Veenhofen 2007, Ruckriegel 2007; ausführlich Frey/Stutzer 2002, Layard 2005.

zudem kooperativer, hilfsbereiter und risikofreudiger. Die Unterscheidung, ob das Glück zu höherem Einkommen führt oder das Einkommen zum Glück, ist daher schwierig (Bergheim 2007: 11; Frey/Stutzer 2009: 10).

Trotz des höheren Glücks reicherer Menschen hat der generelle Anstieg der Einkommen in den führenden Industrienationen nicht dazu geführt, dass die Menschen in einem ähnlichen Umfang glücklicher wurden. Die Pro-Kopf-Einkommen in den USA, der EU und Japan sind zwar seit 1950 drastisch gestiegen, die Zufriedenheit ist jedoch nur gering (USA, EU) oder gar nicht gewachsen (Veenhofen 2007: 19; Layard 2003: 14–19). Ähnliche Ergebnisse liegen auch für Deutschland vor (Frey/Stutzer 2009: 11–12).

Ein Grund dafür ist, dass wichtige Dinge, die glücklich machen, nicht käuflich zu erwerben sind. Hinzu kommt, dass die Gewöhnung an einen gehobenen Lebensstandard schnell einsetzt und dessen Beibehaltung allein nicht glücklich macht. Menschen gewöhnen sich sehr schnell an einen verbesserten Lebensstandard. Dies gilt insbesondere für materielle Dinge wie ein Auto oder ein Haus (Layard 2003a: 6).

Das erste Auto einer Familie in den 1960er Jahren war beispielsweise noch bemerkenswert, heute gehört es in den Industrieländern zum Standard – und macht eben nicht mehr so glücklich. Die Anpassung an den neuen Standard führt meist dazu, dass für die Zukunft höhere Ansprüche gestellt werden. Werden diese Ansprüche nicht erfüllt, kann dies zu Unzufriedenheit und damit sinkendem Glück führen (Bergheim 2007: 5; Frey/Stutzer 2009: 12–13).

Langfristig gesehen haben dabei einschneidende Ereignisse allerdings einen wesentlich

Studenten an der Harvard-Universität in den USA wurden vor folgende Wahl gestellt, was sie bei gleich bleibenden Preisverhältnissen bevorzugen würden:

- a) Du verdienst 50.000 US-Dollar pro Jahr, alle anderen die Hälfte.
- b) Du verdienst 100.000 US-Dollar pro Jahr und alle anderen bekommen das Doppelte davon.

Die Mehrheit wählte Variante a. Die Befragten wollten lieber weniger Geld verdienen, wenn sie dann reicher sind als der Rest (siehe Layard 2003a: 7).

geringeren Einfluss als oftmals angenommen: Menschen passen sich neuen Situationen sehr schnell an (Fleurbaey 2008: 29). Einkommensverluste wirken allerdings weit dauerhafter auf die Zufriedenheit als Zugewinne (Giovannini/Hall/d'Ercole 2007: 17–18).

Ein weiterer Faktor zur materiellen Seite des Glücks ist die Orientierung der eigenen Wünsche an dem, was andere Menschen haben. Dies führt dazu, dass steigende Einkommen nicht zu mehr Zufriedenheit führen, wenn das Umfeld die gleiche Entwicklung macht (Layard 2003a: 3–4; Kahnemann et al. 2006: 6).

Wie stark Referenzgruppen die Empfindungen beeinflussen, zeigen Erhebungen in den neuen Bundesländern. Mit dem Fall der Mauer sank im Empfinden vieler Menschen dort das eigene Glück. Maßstab der eigenen Situation waren nun nicht mehr die Menschen in anderen Staaten des Ostblocks, sondern die Einwohner Westdeutschlands (Layard 2003a: 8).

4.3 Ländervergleiche

Der Vergleich, in welchen Ländern die Menschen am glücklichsten sind, belegt ebenfalls den begrenzten Einfluss der Einkommen. In einer Studie wurde eine Skala erstellt, die von 1 bis 100 reichte. Danach sind die Menschen in der Ukraine (33) weit unglücklicher als die in Ghana (77) oder Bangladesh (74), obwohl sie über höhere Einkommen verfügen. Zugleich zeigen die Zahlen, dass die glücklichsten Menschen

größtenteils in Staaten wohnen, wo die Menschen durchschnittlich über Einkommen verfügen, die höher als 9.000 US-Dollar pro Jahr sind (Layard 2003: 18).

Datenerhebungen weisen nach, dass das Glücksniveau mit steigenden Einkommen ebenfalls steigt. Ab einem bestimmten Niveau entkoppeln sich die beiden Werte jedoch. Bereits ab einem Einkommen von 10.000 US-Dollar pro

Jahr haben weitere Steigerungen nur noch einen geringen oder gar keinen Einfluss mehr auf die Lebenszufriedenheit der Menschen (*Frey/Stutzer 2002: 74–77; Kahnemann et al. 2006: 5*).

Andere Untersuchungen setzen die Einkommensgrenze zwar etwas höher an. Doch auch sie zeigen, dass ab einer gewissen Höhe weitere Einkommenszuwächse keinen Einfluss mehr auf das Glückniveau haben, da das zusätzliche Geld nicht mehr dazu führt, dass (über-)lebenswichtige Bedürfnisse befriedigt werden können (*Layard 2003: 17; Layard 2004: 17; Bergh 2007: 5; Goosens et al. 2007: 17*).

Zufriedene Donau-Iller Region

Eine Untersuchung, in welcher Region in Deutschland sich die Menschen am wohlsten fühlen, belegt ebenfalls, dass die Einkommen zwar wichtig sind, doch nicht allein entscheiden.

Erfasst sind in der Untersuchung von 97 Regionen die Lebenszufriedenheit, das Vertrauen zu Mitmenschen, Gesundheitszustand, Arbeitslosenquote, Geburtenrate und Einkommen. Zwar liegen wie zu erwarten die Regionen, in denen die Einkommen sehr niedrig sind – insbesondere in Ostdeutschland – ganz am Ende der Liste. Doch es gibt auch eine Reihe von Überraschungen. München beispielsweise, wo die Menschen über die höchsten Einkommen verfügen, findet sich auf Platz 25, Bremen mit den zweithöchsten Einkommen auf Rang 42. Auf Platz 1 und 2 liegen dagegen die beiden Donau-Iller Regionen, die bei den Einkommen nur auf Rang 21 und 38 zu finden sind. Oldenburg rückt von Rang 56 auf der Einkommensliste auf Rang 19 vor, Augsburg fällt von Rang 25 (Einkommen) auf Rang 68 der »Wohlfühlliste« (*Bergheim 2007a: 8–9*).

In der deutschen Wirtschaftspolitik spielen diese Ergebnisse der Glückforschung derzeit allerdings noch keine Rolle (*Ruckriegel 2007: 3*).

4.4 National Accounts of Well-being und Happy Planet Index

Die New Economics Foundation (nef) in Großbritannien hat versucht, auf Grundlage bestehender Daten die Zufriedenheit der Menschen zu erfassen. Eingeflossen in den Index sind sowohl das persönliche Wohlbefinden (darunter Gefühlslage, Zufriedenheit mit dem Leben, Selbstbewusstsein, Optimismus, Autonomie) als auch die Zufriedenheit mit sozialen Zusammenhängen (Beziehung, Vertrauen, Zugehörigkeit). Demnach sind die Dänen die glücklichsten Menschen in Europa und die Ukrainer die unglücklichsten (*nef 2009: 22*).

Noch einen Schritt weiter geht ein Index des nef, in dem die Lebenszufriedenheit mit der Lebenserwartung und dem Ökologischen Fußabdruck kombiniert wird. Der so entstandene »Happy Planet Index« wurde erstmals im Jahr 2006 veröffentlicht, es liegen Daten für 143 Staaten vor. Der Index wird derzeit angeführt von Costa Rica, der Dominikanischen Republik und Jamaika, Deutschland liegt auf Rang 51 und die USA auf Rang 114 – nahezu gleichauf mit Madagaskar und Nigeria (*nef 2009a: 63*).

Die Kombination von Lebenszufriedenheit und dem Nachhaltigkeitskriterium ökologischer Fußabdruck führt dazu, dass Staaten mit sehr niedrigem Umweltverbrauch die Spitzenplätze belegen. Diese starke Betonung des Umweltverbrauchs bevorzugt Staaten, die über einen mittleren Entwicklungsstand verfügen und in Äquatornähe liegen – es sei denn, in ihnen sind die Lebenszufriedenheit und die Lebenserwartung so gering wie in einigen afrikanischen Staaten, die am Ende der Liste rangieren. Dadurch wird die Rangfolge zwar zur Problemanzeige, doch es wird kein Weg gewiesen, wie Reformen in den Staaten aussehen könnten. Noch gravierender wirkt sich das Fehlen politischer und erweiterter sozialer Faktoren aus. Sehr positiv bewertet auf den vorderen Plätzen finden sich unter anderem Kolumbien (Rang 6), Kuba (7), Honduras (10), Ägypten (12) und die Philippinen (14), die jedoch von massiven innerstaatlichen Konflikten erschüttert werden. Mit Botswana und Namibia stehen andererseits Staaten auf dem dritt- und viertletzten Platz, die trotz Aidskrise und vielfältiger sonstiger Probleme erhebliche soziale und politische Fortschritte erzielt haben.



(Foto: Monika Adams)

4.5 Wohlbefinden statt BIP?

Die Forderung, statt des Einkommens das Wohlbefinden der Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, wird in einigen Staaten seit vielen Jahren diskutiert. Eine Reihe von Regierungen, darunter die in Australien, Irland, Großbritannien, Dänemark, den USA und den Niederlanden, haben Studien über das Wohlbefinden der Einwohner machen lassen. Auch die EU erhebt regelmäßig solche Daten (*Bergheim 2007: 15*).

Doch die Glücksforschung hat trotz der fortgeschrittenen Methoden weiterhin Schwierigkeiten, Maßstäbe für politisches Handeln zu ermitteln: Wie weit darf die Regierung in die Privatsphäre der Bürger eingreifen? Sollen kurzfristige Wünsche der Bevölkerung das Regierungshandeln bestimmen oder darf die Regierung Dinge durchsetzen, die langfristig die Menschen vermutlich glücklicher machen würden, kurzfristig aber das Gegenteil bewirken? (*Frey/Stutzer 2004: 9–10*).

Ungeklärt ist insbesondere die Rangfolge von Glück und Nachhaltigkeit. Viele Dinge, die den

Menschen Spaß machen und so zu deren Zufriedenheit beitragen, sind nicht nachhaltig. Dies gilt für das Konsumverhalten breiter Schichten in den Industrienationen ebenso wie für den Drang nach mehr Konsum in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Letzteres weist hin auf eine große Gefahr bei der Debatte darüber, ob Einkommenssteigerungen im Mittelpunkt der Politik einer Regierung stehen sollten. Die meisten Studien, die den sehr begrenzten Einfluss der Einkommen auf das Glück der Menschen feststellen, beziehen sich auf Industrienationen mit einem hohen Lebensstandard. In armen Staaten und bei armen Bevölkerungsschichten in reicheren Staaten haben die Einkommen weiterhin einen großen Einfluss: Wer von einem Tag auf den nächsten darum kämpfen muss, genug Geld für das Überleben zu verdienen, ist in einer völlig anderen Lage als jemand, der materiell so abgesichert ist, dass die Grundbedürfnisse auf jeden Fall erfüllt werden können.

5. Auf der Suche nach Perspektiven

»Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2008 sind mehr als zwei Drittel der EU-Bürger der Meinung, dass bei der Bewertung des Fortschritts soziale, ökologische und wirtschaftliche Indikatoren gleichermaßen zur Anwendung kommen müssen. Nur knapp ein Sechstel der Befragten sprach sich für eine Bewertung hauptsächlich anhand wirtschaftlicher Indikatoren aus. Bei einer internationalen Umfrage aus dem Jahr 2007 waren die Ergebnisse ähnlich« (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 5).

Angesichts der vielen Lücken und Fehler bei der Erfassung der Wirtschaftsleistung im derzeitigen System des Bruttoinlandsprodukts wundert es wenig, dass Kritiker dessen Abschaffung fordern. Der Ökonom Herman E. Daly fragt seit Jahrzehnten provokativ, was dagegen spräche. Schließlich habe es vor 1940 auch keine Berechnungen der Wirtschaftsleistung gegeben, ohne dass dies zu Problemen führte (Daly 1999: 66).

Andere Ökonomen gehen noch weiter: Wenn erwiesen ist, dass das BIP fehlerhaft ist, muss man dann nicht sofort aufhören, die Politik nach einem fehlerhaften System auszurichten (Bergh 2007: 20)?

Eine Kommission der französischen Regierung, in der eine Reihe der weltweit renommiertesten Ökonomen vertreten ist, machte im Herbst 2009 die Fixierung auf die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts für die derzeitige Krise in der Weltwirtschaft mitverantwortlich. Dass diese Krise für die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft überraschend kam, könne damit zusammenhängen, dass diese sich aufgrund unseres Messsystems für die Weltwirtschaft auf falsche Grundlagen stützten. Im Abschlussbericht der Kommission werden daher diejenigen, die die Wirtschaft und die Gesellschaft zu lenken versuchen, mit Piloten verglichen, die steuern müssen, ohne über einen verlässlichen Kompass zu verfügen (CMEPSP 2009a: 8–9).

5.1. Politik mit dem BIP unzufrieden

Die Entscheidungsträger in der Politik geraten nicht nur durch die Krise der Weltwirtschaft unter Druck. Sie werden darüber hinaus damit konfrontiert, dass ein »weiter so Wachsen wie bisher« offensichtlich weder ökologisch tragbar ist noch die Zufriedenheit der Menschen steigert. So strittig die Folgerungen daraus sind, so einig sind sich die Betrachter in ihrer Forderung, dass es über das BIP hinaus weitere Messgrößen geben muss.

EU-Parlament und EU-Kommission

Das Europäische Parlament verlangte im Juni 2006 eine deutliche Erweiterung der Kriterien zur »Messung des Fortschritts einer Gesellschaft«:

- ▶ Das Europäische Parlament (...) »ist der Auffassung, dass das Gewicht, das dem BIP bei der Messung des Fortschritts einer Gesell-

schaft beigemessen wird, ausgeglichen werden sollte durch gleichwertige Beachtung der qualitativen Aspekte des Wachstums, die die Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklungen darstellen; ist daher der Auffassung, dass Vereinbarungen über eine beschränkte Zahl an Schlüsselindikatoren für Nachhaltigkeit erlangt werden sollten, die dann in großem Rahmen bei der jährlichen Revision der Strategie erörtert werden; diese Indikatoren sollen sich vor allem auf grundlegende Aspekte der Lebensqualität beziehen und eine quantitative und direkte Bewertung von Gesundheit (Qualität und Umfang von Gesundheitsfürsorge, Lebenserwartung, Kindersterblichkeit usw.) Schärfung des Bewusstseins (Erziehung und Kultur, IKT-Zugang usw.) Integration (Beteiligung an Entscheidungen der Bürgergesellschaft und soziales Kapital usw.) Umweltqualität (Luft- und Wasserverschmutzung usw.) ermöglichen« (EU 2006).

Die EU-Kommission hat im August 2009 in Reaktion auf den Parlamentsbeschluss sowie Diskussionsrunden und Studien ebenfalls gefordert, über die Messung des BIP hinauszugehen, und eine Mitteilung mit dem Titel »Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel« veröffentlicht. In diesem Papier wird ausdrücklich gefordert, bei der Bewältigung der derzeitigen Wirtschaftskrise nicht allein auf das Wachstum der Wirtschaft zu vertrauen:

- ▶ »Die Antworten auf die Krise sollten sicherstellen, dass die am stärksten Betroffenen und die Schwächsten in der Gesellschaft geschützt werden. Diese Aufgaben erfordern umfassendere Indikatoren als den Anstieg des BIP, also Indikatoren, die präzise soziale und ökologische Fortschritte (wie sozialer Zusammenhalt, Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit grundlegender Güter und Dienstleistungen, Bildung, öffentliche Gesundheit und Luftqualität) und Fehlentwicklungen (wie wachsende Armut, Anstieg der Kriminalität oder Erschöpfung natürlicher Ressourcen) einbeziehen. Die Überlegungen zu den Indikatoren, die in dieser Mitteilung angestellt werden, könnten zur Festlegung neuer Ziele für die Lissabon-

Strategie nach 2010 beitragen« (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 3).

EU, OECD, WWF und Club of Rome

Die Europäische Union beteiligt sich ebenfalls an der Debatte um das Wirtschaftswachstum und dessen Messung. Über Studien und Tagungen wird versucht, neue Maßstäbe für die Beurteilung von Volkswirtschaften zu definieren:

- ▶ »Im November 2007 hat die Europäische Kommission (gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD) eine Konferenz mit dem Titel »Mehr als BIP« (,Beyond GDP') veranstaltet. Bei dieser Konferenz zeigte sich die große Zustimmung seitens politischer Entscheidungsträger sowie Experten aus Wirtschaft, Umweltschutz und Zivilgesellschaft für die Entwicklung von Indikatoren zur Ergänzung des BIP, mit denen die politischen Entscheidungsfindungen durch umfassendere Informationen unterstützt werden sollen« (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 2).

Hinterhof in der boomenden Metropole Schanghai, China (Foto: Klaus Adams)



EU-Kommission, OECD, Organisation of the Islamic Conference, Vereinte Nationen, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nation (UNDP), Weltbank

Im September 2007, bei einer gemeinsamen Konferenz in Istanbul, forderten Repräsentanten der Europäischen Kommission, der OECD, der Organisation of the Islamic Conference, der Vereinten Nationen, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nation (UNDP) sowie der Weltbank ein Nachdenken darüber, was »Fortschritt« im 21. Jahrhundert bedeutet. Die von allen Teilnehmern verabschiedete und in der Folgezeit von vielen weiteren Institutionen und Privatpersonen unterzeichnete »Istanbul Declaration« ruft nach einer internationalen Debatte über mögli-

che Indikatoren, um den Fortschritt von Gesellschaften zu erfassen. Ausdrücklich wird verlangt, dabei über die Ansätze des BIP hinauszugehen (OECD 2007).

Gross National Happiness Movement

Das Gross National Happiness Movement, dessen Arbeit durch den König von Bhutan angestoßen wurde, hat im asiatischen Raum ebenfalls Entwürfe für eine Neubewertung von Wirtschaft und menschlichem Befinden veröffentlicht (<http://www.gnh-movement.org>). Im Mittelpunkt der Politik Bhutans stehen gleichberechtigt das Wohlergehen der Menschen, der Einklang des Lebens mit Tradition und Natur, eine gute Regierungsführung und die wirtschaftliche Entwicklung.

5.2 Auf der Suche nach besseren Maßstäben

Über die Kritik am Maßstab des Bruttoinlandsprodukts hinaus wurde im Auftrag politischer Institutionen in verschiedenen Gremien nach neuen Kriterienrastern zur Bewertung der eigenen Politik gesucht.

OECD

Die Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verfolgt seit mehreren Jahren ein Projekt, das die Frage klären soll, wie Fortschritt messbar ist. Handbücher über Möglichkeiten zur Verbesserung der Statistik erschienen, Tagungen mit Fachleuten aus aller Welt fanden statt, Studien wurden veröffentlicht. Im September 2009 veröffentlichte die OECD einen Entwurf, wie der »Fortschritt von Gesellschaften« in Zukunft gemessen werden kann. Das BIP wird um zahlreiche andere Kriterien ergänzt und spielt bei dieser Messung nur noch eine untergeordnete Rolle (Giovannini et al. 2009, siehe Kasten).

Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts

Im Sommer 2008 wurde in Frankreich eine Kommission eingesetzt, die über die Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts nachdenken sollte (Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress – CMEPSP). Unter Leitung der Wirtschaftsnobelpreisträger Professor Joseph E. Stiglitz und Professor Amartya Sen sowie von Professor Jean-Paul Fitoussi erarbeiteten Dutzende Ökonomen eine umfassende Kritik der derzeitigen Methode zur Erfassung des BIP und bewerteten Alternativen.

Die Kommission schlägt in ihrem Abschlussbericht vom September 2009 keinen einzelnen Wert als Ersatz für das BIP vor, sondern verlangt in 12 Empfehlungen ein ganzes Bündel von Bemessungsgrundlagen:

- ▶ Bei der Erfassung der materiellen Grundlagen der Menschen müssen statt der im Bruttoinlandsprodukt erfassten Produktionswerte die

Einkommen und der Konsum im Mittelpunkt stehen. Bei beiden dienen die Haushalte als Maßstab. Ebenfalls einfließen sollen die Vermögen sowie die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen. In die Berechnung müssen die Aktivitäten einbezogen werden, die derzeit nicht mit Preisen erfasst werden (Hausarbeit, informeller Sektor, Freizeit etc.).

- ▶ Die Lebensumstände der Menschen mit direktem Einfluss auf die Zufriedenheit (Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten und Arbeit, politische Stimmrechte, soziale Verbindungen und Beziehungen, Umwelt, physische und ökonomische Unsicherheit) sollen erfasst werden.
- ▶ Zur Bewertung der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens muss auch die Wirkung auf die Umwelt erfasst werden. Dazu gehören Daten zu Umweltbelastungen ebenso wie solche zum Verbrauch von Ressourcen.

Die Kommission sieht ihre Vorschläge als Eröffnung einer breiten Debatte und nicht als deren Ende. Unter anderem fordert sie die Einrichtung Runder Tische auf nationaler Ebene, um unter Beteiligung aller interessierten Gruppen die nächsten Schritte zu beschließen (*CMEPSP 2009a*).

EU-Kommission

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften listet in ihrem Vorschlag von August 2009 ähnliche Punkte auf und benennt eine Reihe von Bereichen, in denen noch Daten fehlen. Zur Schließung dieser Lücken wurden Forschungsaufträge vergeben. Die Kommission will die Ergebnisse bis spätestens 2012 vorlegen (*Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 11*).

OECD: Vorgeschlagene Dimensionen gesellschaftlichen Fortschritts

Letztendliche Ziele¹²

Zustand des Ökosystems: Folgen für die Umwelt: Land (Geosphäre), Süßwasser, Ozeane und Meere (Hydrosphäre), Biodiversität (Biosphäre), Luft (Atmosphäre)

Menschliches Wohlergehen: Folgen für die Menschen: physische und psychische Gesundheit, Wissen und Verständnis, Arbeit, materielles Wohlergehen, Freiheit und Selbstbestimmung, zwischenmenschliche Beziehungen

Zwischenziele

Wirtschaft: Nationaleinkommen, Wohlstand der Nation

Regierungsführung: Menschenrechte, bürgerliches und politisches Engagement, Sicherheit und Kriminalität, Vertrauen, Zugang zu Dienstleistungen

Kultur: Kulturelles Erbe

Verbindungen zwischen den beiden Zielsetzungen

Management, Verbrauch, Entwicklung und Schutz von Ressourcen: Rohstoffförderung und Verbrauch, Verschmutzung, Schutz und Konservierung wirtschaftlicher und ökologischer Vermögenswerte

Leistungen des Ökosystems: Bereitstellung von Ressourcen und Prozessen, Auswirkungen von Naturgeschehen

Querschnittsperspektiven

Intra-Generations Aspekte: Gerechtigkeit/ Ungerechtigkeit

Inter-Generations Aspekte: Nachhaltigkeit/ Anfälligkeit / Widerstandsfähigkeit (Resilienz)

(siehe *Giovannini et al. 2009: 14–15*)

¹² Übersetzung: Svea Koch

6. Zwang zu neuen Wirtschaftsformen

Auszug aus einem Interview mit Wolfgang Sachs, Wuppertal Institut:

TAZ: In »Zukunftsfähiges Deutschland« fordern Sie und Ihre Kollegen aber eine Wirtschaft ohne Wachstum. Wie soll das gehen?

Sachs: Das ist die Jahrhundertfrage. Die Antwort kennen wir nicht. Es gibt Elemente dieser Antwort, aber kein festes Konzept. Es ist eine Frage, von der ich erwarte, dass sich darüber endlich mal die zuständige Wirtschaftswissenschaft den Kopf zerbricht. Wie kann eigentlich eine gedeihlich funktionierende Wirtschaft aussehen, die nicht wachsen muss?

(siehe TAZ vom 01.02.2009)

Die skizzierten Debatten in Politik und Forschung greifen Forderungen auf, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren seit vielen Jahren erhoben werden. Zugleich stellen sie jedoch eine Systemfrage für die Gestaltung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft: Wenn die Bemessungsmaßstäbe der Wirtschaft unvollständig und fehlerhaft sind und dies wiederum zu einer Setzung von Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene geführt hat, die der überwiegenden Mehrheit der Menschen nicht helfen, was bedeutet dies dann für die Planung, wie die zukünftige Wirtschaft aussehen soll?

entstanden: Die steigende Produktion sorgte für höhere Steuereinnahmen und höhere Umsätze der Unternehmen, was wiederum den Rahmen schuf für wachsende Sozialtransfers, Renten und Löhne. Das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist darauf aufgebaut, dass dieses Wachstum auch in Zukunft zu erzielen ist. Bei der Frage, wie die Verschuldung des Staates abgebaut werden soll, wird ebenso auf eine wachsende Wirtschaft verwiesen wie bei dem Problem, angesichts jährlicher Produktivitätszuwächse der Wirtschaft genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wachstum als Problemlöser?

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in Deutschland soziale Konflikte häufig mit Einnahmen gelöst, die durch das Wirtschaftswachstum

Auszug aus einem Interview mit dem damaligen Audi-Chef Martin Winterkorn:

Winterkorn: Wir werden auch mit Hochdruck an den Kosten arbeiten. Die Produktivitätszuwächse, die wir etwa mit den nächsten Generationen des A4 oder des A6 machen, liegen deutlich im zweistelligen Bereich. Dies würde normalerweise sehr viele Arbeitsplätze kosten.

ZEIT: Weil weniger Leute in der gleichen Zeit mehr Autos montieren können.

Winterkorn: Genau. Unser Ziel ist es, diese riesigen Produktivitätsfortschritte durch Wachstum und mehr Produktinhalte aufzufangen.

(siehe Die Zeit vom 23.02.2006)

Höchster Wolkenkratzer der Welt im Wüstensand Dubais (Foto: Sebastian Rötters)





Welche Art von Wachstum könnte den Bewohnern der Hütte helfen? (Foto: Svea Koch)

Dabei wird unterstellt, dass Wachstum auch ein Mehr an Wohlergehen bedeutet. Jedoch steckt hinter der Frage, wie man Wohlergehen misst, auch die Frage, was Wohlergehen eigentlich ist. Oder, kürzer: Was ist ein gutes Leben? Dies umfasst offensichtlich mehr als materiellen Reichtum.

Zudem verändern sich die Rahmenbedingungen für gutes Leben. Angesichts von Klimawandel und schrumpfenden natürlichen Ressourcen wird die Suche nach einer neuen Wirtschaftsweise zur Überlebensfrage. Seit langem ist offensichtlich, dass die zwei Milliarden Menschen, die weltweit unterhalb der Armutsgrenze leben, mehr materiellen Konsum benötigen, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

In der Entwicklungspolitik gibt es daher eine Diskussion darüber, wie ein Wachstum der Wirtschaft – was zur Versorgung der Menschen mit ihren Grundbedürfnissen in vielen Entwicklungsländern weiterhin notwendig ist – so gestaltet werden kann, dass es tatsächlich den Armen zugute kommt (»Pro-Poor-Growth«).

Die Erkenntnis, dass BIP-Wachstum nicht au-

tomatisch zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Menschen führt, zeigt sich an vielen Stellen. Zahlreiche Beispiele belegen, dass die Situation der Armen oft durch Maßnahmen verbessert wird, die nicht zum höchstmöglichen Wachstum der Wirtschaft führen. Die Verteilung von Land kann beispielsweise dazu führen, dass Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf statt Exportprodukten angebaut werden, was zu einer deutlichen Senkung des BIP führen würde. Als Sackgasse hat sich für viele Staaten erwiesen, über Steuerbefreiungen und Subvention in sogenannten Freien Exportzonen Unternehmen anzulocken, die dort zu Niedriglöhnen produzieren lassen. Zwar steigen dadurch die Exporte und das BIP, doch sind die Arbeitsbedingungen häufig sehr schlecht, die Löhne gering und die lokale Wertschöpfung tendiert gegen Null.

Arme profitierten kaum

Das Wachstum der Wirtschaft hat in vielen der Staaten, in denen diese Armen leben, häufig



Höher, schneller, weiter – Dubais Modernisierungskurs führte das Land an den Rand des Bankrotts (Foto: Sebastian Röttters)

nicht zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse beigetragen. Von dem massiven Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der Weltwirtschaft zwischen 1990 und 2001 sind je 100 US-Dollar Zuwachs nur 1,3 US-Dollar bei den Menschen angekommen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen, und 2,8 US-Dollar bei denen, die täglich zwischen 1 und 2 US-Dollar zur Verfügung haben. Anders gesagt: Mehr als 97 Prozent des Zuwachses kamen nicht den Ärmsten zugute. Um deren Bedürfnisse durch ein Wachstum der weltweiten Produktion zu befriedigen, sind somit enorm hohe Wachstumsraten erforderlich, da nur ein sehr kleiner Teil des Zuwachses bei ihnen ankommt. Allein durch eine Steigerung der Produktion wird es somit nicht möglich sein, die Armut nachhaltig zu lindern, ohne die Grundlagen menschlichen Lebens auf der Erde zu zerstören. Daher kann eine Verbesserung der Situation der Armen nur durch Umverteilung erreicht werden (Woodward/Simms 2006 16 f.).

Selbst in den Industrienationen haben sich viele der Erwartungen, die mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verbunden werden, nicht erfüllt. Trotz steigender Produktion konnte weder die Zahl der Arbeitslosen deutlich ge-

senkt werden noch die Staatsverschuldung. Die sozialen Sicherungssysteme – und hier insbesondere die Bereiche Gesundheit und Renten – stehen vor Problemen, die mit den derzeitigen Lösungsansätzen nicht aufzufangen sind. Durch den Klimawandel verursachte Kosten werden diese Probleme noch verschärfen.

Mit anderen Worten: Ein höheres Bruttoinlandsprodukt ist nicht gleichzusetzen mit einem besseren Leben, schon gar nicht mit einem besseren Leben für alle. Bei dieser Erkenntnis könnte man es bewenden lassen, wenn die Politik nicht alles daran setzen würde, das Bruttoinlandsprodukt permanent weiter zu steigern – und wir nicht an dem Punkt ständen, wo genau dies zu einem weniger guten Leben für viele führt.

Neuer Maßstab erforderlich

Es geht somit um mehr als eine Rechenmethode. Die Fixierung der Politikgestaltung auf das Wachsen des Bruttoinlandsprodukts sollte ersetzt werden durch die Suche nach einer Wirtschaftsform, die das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das würde bedeuten, sich von

der Betrachtung zu lösen, die Steigerung der Wirtschaftsleistung sei die Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation der Menschen.

Wenn das Wohlbefinden tatsächlich im Mittelpunkt stehen soll, so müssen neue Bewertungsmaßstäbe entwickelt werden, die den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, den intrinsischen Wert von Natur und die Multidimensionalität von Armut berücksichtigen. Dies wird in vielem zu dem Schluss führen, dass weniger mehr ist. Betroffen sind so unterschiedliche Fragen wie die, ob

- ▶ umweltschädigende Projekte begonnen werden,
- ▶ Arbeitsplätze, von denen die Beschäftigten nicht (über-)leben können, zugelassen werden,
- ▶ Umverteilungen von Reichtum auch dann vorgenommen werden, wenn dies nach der jetzigen Berechnungsmethode das Wirtschaftswachstum schwächt,
- ▶ ein Wertewandel der wohlhabenden Schichten hin zu weniger Konsum und einem anderen Lebensstil politisch gewollt und unterstützt werden sollte,
- ▶ ob die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausschließlich auf nachholende Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum setzen darf.

Raus aus der (Entwicklungs-)Sackgasse

Vorschläge für eine Umgestaltung der Wirtschaft liegen vor. Einige von ihnen setzen an den theoretischen Grundlagen an, andere zeigen an vielen Beispielen auf, wie neue Lebensziele und -formen aussehen könnten.¹³

Eine Umsetzung der Vorschläge wird massive Veränderungen nach sich ziehen. Ein erheblicher Teil dieser Veränderungen ist jedoch zugleich die Folge der Umsetzung von Forderungen, die weltweit seit vielen Jahren gestellt werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung, die Wirtschaft nicht daran zu bemessen, ob sie in Geld gemessen wächst, sondern ob durch Veränderungen die Lebenssituation der Menschen verbessert wird.

Viele Begriffe aus der Entwicklungszusammenarbeit spielen dabei eine wichtige Rolle. Die derzeitige Debatte über die Folgen der Wirtschaftskrise auf die Menschen in Deutschland zeigt, wie nahe die Interessen von Menschen hier und in ärmeren Staaten oft beieinander liegen.

Eine neue Ausrichtung der Wirtschaft, die auf Wohlergehen statt Wachstum setzt, wird den Weg frei machen für Veränderungen, die zukunftsfähige Lebensstile befördern und erleichtern, etwa:

- ▶ anderes Mobilitätsverhalten,
- ▶ eine Neuordnung der Arbeitswelt und -zeiten,
- ▶ eine veränderte Wertschätzung von Hausarbeit, Ehrenamt und Freizeit.

Auf der politischen Ebene ist eine Umsetzung dessen erforderlich, was die Kommissionen von EU, OECD, französischer Regierung etc. erarbeitet haben. Dies betrifft unter anderem die sozialen Sicherungssysteme, die Arbeitsmarktpolitik und die Steuer- und Abgabenpolitik.

Die Klimakrise und die Instabilitäten der Weltwirtschaft drängen zu einer neuen Orientierung der Politik. Rein quantitatives Wachstum bietet keine Perspektive mehr. Ein »Weiter so wie bisher« bedeutet eine Verschwendung von Zeit und Ressourcen – und beide sind äußerst knapp.

¹³ Jackson 2009; Daly 1977, 1999 und 2008; Daly/Cobb 1989; Meadows/Randers/Meadows 2007: 245–273; BUND/Brot für die Welt/EED 2008; Leggewie/Welzer 2009; Stern 2009; eine Reihe von Aufsätzen in: Rudolph 2007. Internationale Debatteverläufe und Links zu diesen finden sich auf den Webseiten von »Degrowth« unter <http://www.degrowth.net/> sowie »Wachstum im Wandel« unter <http://www.growthintransition.eu/> und »Sustainable Europe Research Institute (SERI) <http://seri.at/>.

Literatur

Der größte Teil der angeführten Literatur ist online verfügbar. Die dazugehörigen Links finden Sie auf der Website von SÜDWIND unter www.suedwind-institut.de.

- Bergh, Jeroen C.J.M. van den 2007:** Abolishing GDP. Tinbergen Institute Discussion Paper TI 2007-019/3.
- Bergheim, Stefan 2006:** Deutsche Bank Research, »BIP allein macht nicht glücklich – Wohlergehen messen ist sinnvoll, aber schwierig, Deutsche Bank Research.
- Bergheim, Stefan 2007a:** Deutschland zum Wohlfühlen – Viele Gemeinsamkeiten in Glücklichen Regionen, Deutsche Bank Research, 14.11.2007.
- Bergheim, Stefan 2007:** The happy variety of capitalism – Characterised by an array of commonalities, Deutsche Bank Research.
- Bread for the World Institute 2009:** Hunger Report 2009.
- BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) / Brot für die Welt, EED (Evangelischer Entwicklungsdienst) 2008 (Hg.):** Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.
- BUND / Brot für die Welt / EED 2009 (Hg.):** Wegmarken für einen Kurswechsel – eine Zusammenfassung der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt«.
- Canoy, Marcel / Lerais, Frédéric 2007:** Beyond GDP – Overview paper for the Beyond GDP conference.
- Cobb, Clifford / Halstead, Ted / Rowe, Jonathan 1995:** If the GDP is Up, Why is America Down?, in: The Atlantic online, October 1995, <http://www.theatlantic.com/politics/ecbig/gdp.htm>, Zugriff am 10.07.2009.
- CMEPSP (Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress) 2008:** Survey of Existing Approaches to measuring socio-economic progress, Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Autoren; Afsa, Cédric / Blanchet, Didier / Marcus, Vincent / Pionnier / Pierre-Alain / Rioux, Laurence / d'Ercole, Marco Mira / Ranuzzis, Giulia / Schreyer, Paul.
- CMEPSP 2009:** Draft Summary, 02.06.2009.
- CMEPSP 2009a:** Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- Daly, Herman E. 1977:** Steady-State Economics.
- Daly, Herman E. 1992: Allocation, distribution, and scale: towards an economics that is efficient, just and sustainable. *Ecological Economics* 6: 185–193.
- Daly, Herman E. 1999:** Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre Nachhaltiger Entwicklung.
- Daly, Herman E. 2008:** A Steady-State Economy. A failed growth economy and a steady-state economy are not the same thing; they are the very different alternatives we face. Sustainable Development Commission, UK (April 24, 2008).
- Daly, Herman E / Cobb, Clifford 1989:** For the Common Good: Redirecting the Economy Toward Community, the Environment, and a Sustainable Future. Beacon Press, Boston, MA.
- Diefenbacher, Hans 2007:** Wirtschaftswachstum als Statistik-Phantom – Anmerkungen zu Versuchen der Neudefinition des Begriffs, in: Rudolph, Sven (Hg.) 2007: Wachstum, Wachstum über alles?
- Diefenbacher, Hans / Zieschank, Roland 2009:** Ein Vorschlag für einen neuen Wohlfahrtsindex – Intentionen, Konstruktion, Interpretation und offene Fragen, FEST (Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft).
- EU (Europäische Union) 2006:** Strategie für nachhaltige Entwicklung – Entschlie-ßung des Europäischen Parlaments zur revidierten Strategie für nachhaltige Entwicklung, Dokument P6_TA(2006)0272, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P6-TA-2006-0272+0+DOC+PDF+VO//DE>, Zugriff am 10.07.2009
- Fleurbay, M. 2008:** Beyond GDP: Is There Progress in the Measurement of Individual Well-Being and Social Welfare?
- Frey, Bruno S. / Stutzer, Alois 2002:** Happiness and Economics. How the Economy and Institutions affect Well-Being. Stanford and Oxford 2002.
- Frey, Bruno S. / Stutzer, Alois 2007:** Should National Happiness be Maximized?, Institute of Empirical Research in Economics, University of Zurich.
- Frey, Bruno S. / Stutzer, Alois 2009:** Glück: Die ökonomische Analyse. Institute for Empirical Research in Economics, University of Zurich, Working Paper No. 417, Juni 2009.
- Giovannini, Enrico / Hall, Jon / d'Ercole, Marco Mira 2007:** Measuring Well-Being and Societal Progress.

- Giovannini, Enrico et al. (Hall, Jon / Morone, Adolfo / Ranuzzi, Guilia) 2009:** A Framework to Measure the Progress of Societies. Draft OECD Working Paper, September 2009.
- Goossens, Yanne et al. 2007:** Alternative progress indicators to Gross Domestic Product (GDP) as a means towards sustainable development. Studie für das European Parliament's Committee on the Environment, Public Health and Food Safety. IP/A/ENVI/ST/2007-10.
- Grinspun, Alejandro 2005:** Chinese Boxes: whatever happened to poverty? UNDP International Poverty Centre, One Pager Number 13.
- Hütz-Adams, Friedel 2007a:** China, Indien, Brasilien und Südafrika: Plädoyer für die Fortsetzung einer armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit, Hg.: Brot für die Welt. http://www.suedwind-institut.de/downloads/C-I-B-S_komplett.pdf, Zugriff am 19.07.2009.
- Jackson, Tim 2009:** Prosperity without growth? – The transition to a sustainable economy, Sustainable Development Commission.
- Kahnemann, Daniel et al. (Krueger, Alan B. / Schkade, David / Schwarz, Norbert / Stone, Arthur A.) 2006:** Would You Be Happier If You Were Richer? A Focussing Illusion.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009:** Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel, Brüssel, den 20.8.2009, KOM(2009) 433 endgültig, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament.
- Layard, Richard 2003:** Happiness: What is happiness? Are we getting happier? Has Social Science a Clue? Lecture 1.
- Layard, Richard 2003a:** Income and happiness: rethinking economic policy. Happiness: Has Social Science a Clue? Lecture 2. März 2003.
- Layard, Richard 2004:** Happiness and Public Policy. LSE Health and Social Care Discussion Paper Number 14. März 2003.
- Layard, Richard 2005:** Happiness, New York 2005.
- Leggewie, Claus / Welzer, Harald 2009:** Das Ende der Welt, wie wir sie kannten – Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie.
- Mari, Francisco / Buntzel, Rudolf 2007:** Das globale Huhn. Hühnerbrust und Chicken Wings – Wer isst den Rest? Frankfurt 2007.
- Meadows, Donella / Randers, Jorgen / Meadows, Dennis 2007:** Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahre -Update. Signal zum Kurswechsel, 2. ergänzte Auflage.
- nef (new economics foundation) 2009:** National Accounts of Well-being: bringing real wealth onto the balance sheet.
- nef 2009a:** The Happy Planet Index 2.0. Why good lives don't have to cost the Earth.
- Nordhaus, William D. / Tobin, James (1972):** Is growth obsolete? <http://www.nber.org/chapters/c7620.pdf>, Zugriff am 10.07.2009.
- OECD 2007:** Istanbul Declaration, <http://www.oecd.org/dataoecd/14/46/38883774.pdf>, Zugriff am 10.07.2009.
- OECD 2009:** Is informal normal? – Towards more and Better Jobs, Policy Brief, March 2009.
- Reddy, G. Sanjay / Pogge, Thomas W. 2003:** How not to Count the Poor, Version vom 26.3.2003.
- Ruckriegel, Karlheinz 2007:** Happiness Research (Glücksforschung) – eine Abkehr vom Materialismus, Mai 2007.
- Rudolph, Sven 2007:** Von der Notwendigkeit einer neuen Wachstumsdebatte- eine Hinführung des Herausgebers, in: Rudolph, Sven (Hg.) 2007: Wachstum, Wachstum über alles?
- Sen, Amartya 2002:** Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.
- Steger, Sören / Bleischwitz, Raimund 2007:** Entkoppelung der Ressourcennutzung vom Wachstum – Wie erfolgreich ist Europa bei der Erhöhung der Ressourcenproduktivität und einer Dematerialisierung?, in: Rudolph, Sven (Hg.) 2007: Wachstum, Wachstum über alles?
- Stern, Nicholas 2009:** Der Global Deal. Wie wir Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen.
- Stiglitz, Joseph E. / Sen, Amartya / Fitoussi, Jean-Paul 2008:** Issues Paper; Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- UNDP (United Nations Development Programme) 1997:** Bericht über die menschliche Entwicklung 1997.
- UNDP 2009:** Bericht über die menschliche Entwicklung 2009.
- UNEP (United Nations Environment Programme) 2009:** Climate Change – Science Compendium 2009.
- Veenhoven, Ruut 2007:** Measures of Gross National Happiness. Presentation at OECD World Forum on Statistics, Knowledge and Policy, Istanbul, Turkey June 27–30, Roundtable on 'Measuring Happiness and Making Policy', June 27th.
- Woodward, David / Simms, Andrew 2006:** Growth isn't working – The unbalanced distribution of benefits and costs from economic growth, new economics foundation.

Anhang: Warum Wirtschaftswachstum nicht zukunftsfähig ist – Bemerkungen im Anschluss an die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt«

Von Michael Frein

Das die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dass irgendwann einmal Schluss sein muss – diese Erkenntnis ist Teil menschlichen Alltagswissens. Interessanterweise schien die ökonomische Diskussion davon lange völlig unbeeindruckt, wenn es um die Frage wirtschaftlichen Wachstums ging. Letzteres schien nicht nur notwendig, sondern auch machbar bis in alle Ewigkeit.

Jedoch bekommt die Gewissheit deutliche Risse. In den Blick gerät, dass die Ressourcen der Erde, die Grundlage menschlichen Wirtschaftens, nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass das Ökosystem Erde zwar belastbar ist – aber eben auch nur in Grenzen.

Die Klimakrise

Kaum jemand zweifelt inzwischen mehr, dass die Klimakrise eine der größten, wenn nicht die größte Herausforderung unserer Zeit darstellt – und zwar für Industrie- wie für Entwicklungsländer. Die Folgen des Klimawandels könnten so weit reichend sein, dass sie sich vermutlich der Vorstellungskraft entziehen.

Durch das Steigen des Meeresspiegels sind auch in Europa küstennahe Regionen von der Überflutung bedroht. In Hamburg würde irgendwann vielleicht nur noch die Spitze des Michels aus der Nordsee ragen, die gesamte norddeutsche Tiefebene könnte im Wasser versinken. Unseren Nachbarn aus den Niederlanden könnte es nicht besser ergehen. Städte und Dörfer, die heute vielleicht weit im Festland liegen, würden dann zu Küstenstädten, was weniger mit Strand, Sonne und Urlaub assoziiert würde als mit der – begründeten – Angst, nun als nächstes von den Wassermassen verschluckt zu werden.

Auf der Südhalbkugel, in Entwicklungsländern, ist der Klimawandel vielerorts bereits stärker gegenwärtig. Dürre und Überschwemmungen nehmen zu, die klimatischen Bedingungen für die Vegetation ändern sich, Landwirtschaft und Ernährungssicherung werden ein zunehmend schwierigeres Unterfangen. Im Pazifik ist auch das Szenario des kompletten Untergangs für die Menschen nicht mehr gar so fern. Viele der Trauminseln in der Südsee wird es in naher Zukunft nicht mehr geben. Aber wohin mit den Menschen? Die Bürger von Tuvalu, einer der Inseln, die vom Meer verschluckt zu werden droht, haben bereits bei der Regierung von Neuseeland

einen Aufnahmeantrag gestellt. Ohne Erfolg, die Neuseeländer wollen ihren Nachbarn kein Klima-Asyl gewähren.

Wenn nicht bald etwas passiert, wird es ganz schön eng auf unserer Erde. Das Problem ist, dass wir die Erde wie eine Müllhalde benutzen. Alle Emissionen werden einfach in der Atmosphäre abgeladen. Doch nun ist die Deponie voll – und eine andere haben wir nicht. Da Alternativen sich offensichtlich noch nicht durchsetzen können und die Menschheit nicht weiß, wohin mit dem Schrott, macht sie einfach weiter wie bisher – und verschließt die Augen vor den Folgen.

Fragen an den Lebensstil

Aber die Strategie des Ignorierens löst das Problem nicht. Wachstum auf der Basis des Wirtschaftens der Epoche der Industrialisierung, so wird zunehmend deutlich, gehört der Vergangenheit an – wenn nicht bereits jetzt, dann doch in naher Zukunft.

Ursache des Problems ist unsere Art der Energiegewinnung. Der Lebensstil der Wohlhabenden, vor allem in den Industrieländern, basiert auf der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Damit heizen wir, damit schaffen wir Mobilität, damit produzieren wir aber auch die vielen Dinge der schönen bunten Warenwelt, die unsere Konsumgesellschaft und den wachsenden Ressourcenverschleiß ausmachen.

Nach mehr oder weniger 150 Jahren intensiver Industrialisierung tut sich neben dem Klimawandel in naher Zukunft noch ein anderes Problem auf: Das Öl, der Lebenssaft der industrialisierten Gesellschaft, geht zur Neige. Peak Oil ist das Stichwort für diese Debatte. Peak Oil ist der Tag, an dem am meisten Öl gefördert wird, danach wird es immer weniger, schlicht, weil weniger da ist, weil das Ausquetschen der Reste zunehmend kostenintensiver wird. Manche behaupten, der Peak Oil sei bereits vorbei, andere erwarten ihn um das Jahr 2015 herum, wieder andere noch ein wenig später. Wie dem auch sei: Das Problem klopft offenbar an unsere Tür.

Allerdings, so mag man einwenden, wird immer wieder Öl entdeckt, wie kürzlich in der Nordsee vor der norwegischen Küste. Richtig ist, dass sich dadurch der Peak Oil ein Stück weit in die Zukunft verschiebt. Richtig ist aber auch, dass dadurch das grundsätzliche Problem

nicht gelöst wird: Die Energierohstoffe der Erde, insbesondere Öl, sind endlich, das auf fossilen Energieträgern ruhende Industrialisierungsmodell hat seinen Zenit anscheinend überschritten. Die Menschheit muss sich Gedanken um Alternativen machen.

Und dies umso dringender, als die Nachfrage nach dem knappen Stoff wächst. Die Zahl der Menschen, die an der Warenwelt der Industrieländer teilhaben wollen, steigt. China und Südkorea sind vielleicht die eindrücklichsten Beispiele dafür, aber auch in Indien, Brasilien und Russland übernehmen immer mehr Menschen den Lebensstil, wie er in Industrieländern vorherrscht. Die Konsummuster der neuen Konsumentenklasse in den Schwellenländern unterscheiden sich nur noch marginal von den Vorlieben in Japan, den USA und Europa.

Doch allein die dadurch steigende Nachfrage übt weiteren Druck auf das Klima und die Verfügbarkeit fossiler Energieträger, insbesondere Öl, aus. Vor einem Jahrzehnt etwa galt es noch als zukunftsweisende Fragestellung, was eigentlich passieren würde, wenn Millionen Chinesen Auto fahren. Heute ist dieses Szenario Realität. Und wer wollte dies den Menschen in China oder Indien, wo ein Kleinwagen des Tata-Konzerns für 1.500 Euro zu haben ist, verwehren? Im Gegenteil: In der Debatte um die Notwendigkeit des Klimaschutzes sehen sich die Europäer (und andere Industrieländer) oftmals mit dem Argument konfrontiert, sie seien die vergangenen einhundert Jahre gefahren und trügen die Hauptverantwortung für den Klimawandel; unter dem Gesichtspunkt der Klimagerechtigkeit seien nun einmal die anderen am Zuge.

Das Argument der Gerechtigkeit ist in dieser Debatte in der Tat nicht von der Hand zu weisen. Dabei geht es vielleicht weniger um das Autofahren als – mit Blick auf die Individuen – um die Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte und – mit Blick auf die Gesellschaften – um Entwicklung – zunehmend auch jenseits des Modells fossiler Industrialisierung.

Für viele Menschen in Entwicklungsländern ist die Steigerung des Konsums nach wie vor eine Überlebensfrage. Dies trifft auch auf die Schwellenländer zu, die oftmals verkürzt als neue Industriestaaten und Konkurrenten auf den Weltmärkten wahrgenommen werden. Dieses Bild ist trügerisch. In Indien beispielsweise leiden mit 230 Millionen mehr Menschen an Unterernährung als in Subsahara-Afrika mit 212 Millionen, in China hun-

gern über 120 Millionen (Bread for the World Institute 2009), neueren Schätzungen zufolge liegt die Zahl der Hungernden weltweit aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder über einer Milliarde.

Diese Zahl der Hungernden zeigt jedoch nur die Spitze des Eisberges an Armut und Marginalisierung. Ein großer Teil der Verantwortung dafür liegt bei den Industrieländern. Wenn etwa in Deutschland Genussmittel, Kleidung, Spielzeug und andere Konsumgüter zu Spottpreisen angeboten werden, gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass woanders Arbeitskräfte ausgebeutet und Ressourcen geplündert werden. Aber auch wenn unsere Hähnchenreste im westlichen Afrika die lokalen Märkte zerstören und die Geflügelzüchter dort ihre Existenzgrundlagen verlieren, sind die Rollen von Gewinner und Verlierer klar verteilt (Mari/Buntzel 2007).

Vor allem die zunehmende Exportorientierung der Industrieländer und die damit einhergehende Liberalisierung des Welthandels gehen zu Lasten der Armen. Wenn in Freihandelsabkommen oder bei der Welthandelsorganisation Höchstzölle verabredet oder andere Instrumente der Handelsregulierung abgeschafft werden, dann verlieren die Staaten ihre Instrumente zur Importkontrolle. Eine solche Politik mag wachstumsfördernd sein, sie zerstört jedoch gleichzeitig die Einkommensquellen vieler Menschen in armen Ländern, die im globalen Wettbewerb nicht mithalten können.

Globale Gerechtigkeit erfordert Teilen, das heißt auch, Überlegenheit, etwa mit Blick auf Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, nicht zu nutzen, oder mit Blick auf die Welthandelsordnung, den schwächeren Ländern die Möglichkeit belassen, ihre Märkte vor überlegener Konkurrenz zu schützen. Kernelement der Agenda für eine gerechte Welthandelsordnung ist nicht nur fair gehandelte Kleidung und fair gehandelter Kaffee, sondern auch und vor allem der Verzicht auf Exportmöglichkeiten. Es geht darum, fremde Märkte nicht für die eigenen Exporte zu öffnen, sondern den Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Märkte zu schützen, vor allem in den Sektoren, in denen sie eigene Kapazitäten haben oder aufbauen wollen. Dies würde ihnen Entwicklungschancen eröffnen. Allerdings widerspricht eine solche Politik der vorherrschenden Globalisierungslogik, sie stellt nicht nur für den Exportweltmeister Deutschland eine besondere Herausforderung dar. Denn sie ist der Sand im Getriebe der Wachstumsmaschinerien internationaler Arbeitsteilung.

»Ökonomie hat immer eine physische Dimension. Ohne Material- und Energieeinsatz sind ökonomische Aktivitäten nicht denkbar. Die Endlichkeit von Rohstoffen und fossilen Energieträgern und die begrenzte Verfügbarkeit produktiver Flächen als Ausgangsbasis für biotische Rohstoffe bilden daher zunächst grundsätzlich natürliche Wachstumsgrenzen.«

(Steger/Bleischwitz 2007: 101)

Entkoppelung und Reboundeffekt

Gerechte Handelsbedingungen können bewirken, dass Konsumentenpreise steigen. Dies gilt in ähnlicher Weise für umweltverträgliche Produktionsbedingungen, die es verbieten, ökologische Kosten zu externalisieren. Die kann bei konstantem Einkommen bei den direkt betroffenen Produkten oder aber an anderer Stelle zu Konsumverzicht führen.

Mit Blick auf Umweltverträglichkeit wird die Lösung des Problems oftmals darin gesucht, den Verbrauch von Energie zu senken, ohne Abstriche an der Funktionalität eines Produktes oder einer Dienstleistung zu machen. Das heißt, es geht Ressourceneffizienz, um die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- beziehungsweise Energieverbrauch. Die Wirtschaft soll wachsen, während gleichzeitig der Ressourcenverbrauch abnimmt. Wenn der Ressourcenverbrauch langsamer wächst als die Wirtschaft, handelt es sich um eine relative Entkoppelung.

Die Herausforderung ist gewaltig, Hilfe könnte vom wirtschaftlichen Strukturwandel kommen. Dienstleistungen verbrauchen in der Regel weniger Rohstoffe als Industrien, technische Neuerungen können Substanzen ersetzen, die zur Luft- und Wasserverschmutzung beitragen. Doch ausreichend ist das nicht. Denn in den Industrieländern muss der Verbrauch fossiler Energien wegen des Klimawandels binnen 50 Jahren um einen Faktor 10 verringert werden, das heißt um 80 bis 90 Prozent. Nur dann lässt sich ein globaler Rückbau der CO₂-Emissionen um 60 Prozent erzielen. Das ist durch Entkopplung und Steigerung der Ressourcenproduktivität allein nicht zu erreichen. Denn oftmals zeigt sich ein »Reboundeffekt«: Effizienzsteigerungen verringern den Gesamtverbrauch nicht, wenn zum Beispiel sparsamere Autos mit einer Erhöhung der gefahrenen Kilometer einhergehen.

Ähnliches gilt für das Konzept der Konsistenz, also der Strategie, Produktion und Konsum umweltverträglicher zu gestalten. So gut und richtig das ist, etwa im Falle der biologischen Landwirtschaft oder der Verwendung von Rohstoffen in

Waschmitteln und Kunststoffen, die die Natur nicht auf Jahrzehnte hinaus belasten, so wenig dürften mit diesen Maßnahmen allein die erforderlichen Klimaschutzziele erreicht werden. Eine bessere Nutzung der Natur durch effizientere Technologien erlaubt bestenfalls Kurskorrekturen.

Doch diese Lösung wird favorisiert, weil sie weder das herrschende Wirtschaftssystem noch unsere Konsummuster und Lebensstile in Frage stellt. Durch Effizienzstrategien könnte der Weg für weiteres Wirtschaftswachstum frei gemacht werden, so die weit verbreitete Hoffnung. Zumindest könnten die Grenzen merklich verschoben werden.

Vieles spricht jedoch dafür, dass neben Effizienz und Konsistenz auch das Prinzip der Suffizienz treten muss. Das »Schneller – Höher – Weiter« scheint an ein Ende gekommen zu sein, die Klima- und Ressourcenkrisen verschränken sich mit der globalen Gerechtigkeitskrise und zwingen die reichen Industrieländer, sich mit dem neuem Paradigma des »Anders – Besser – Weniger« anzufreunden. Die berühmte Frage, ob es auch etwas mehr sein dürfe, weicht der Frage, ob es nicht schon genug sei.

Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Damit steht der herrschende Wachstumsimperativ, nach dem alles, was mehr ist, auch gut ist, zur Disposition. Individuen und Gesellschaften werden stärker danach fragen müssen, wovon sie mehr wollen - und vor allen Dingen auch, worauf sie verzichten wollen. Je mehr Energie die Herstellung eines Produktes verbraucht, je mehr es das Klima schädigt und je eher es auf Kosten anderer produziert wird, desto nahe liegender ist der Konsumverzicht. Dabei ist dies keinesfalls mit einem Verzicht auf Lebensqualität gleichzusetzen. Bewusster Konsum, Qualität statt Quantität, weniger Hektik, mehr Freizeit und Muße – das sind die Belohnungen, die ein neuer, zukunftsfähiger Lebensstil verspricht. Das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Fortschritt und Wohlstand ist daher ungeeignet, zumindest ungenügend. Als – einziger oder primärer – Orientierungspunkt für die Wirtschaftspolitik scheint es zunehmend problematischer zu werden.

Den Herausforderungen der Krisen gerecht zu werden, bedeutet dennoch nicht, auf Wachstum völlig zu verzichten. Wachstum ist beispielsweise nach wie vor der Imperativ für die Wirtschaft in Entwicklungsländern. Aber auch hier kann, wie in den Industrieländern, Wachstum nicht per se als Erfolg gelten. Es kommt immer darauf an, was wächst.

In der Kurzfassung zur Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt« wird dieser Zusammenhang folgendermaßen auf den Punkt gebracht: »Wachsen kann und soll alles, was zugleich der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität dient, wie etwa Energie- und Materialeffizienz, erneuerbare Energien, Ökolandwirtschaft und fairer Handel. Schrumpfen soll dagegen, was die Übernutzung von Ressourcen und die Überlastung der Umwelt sowie die Risikoverlagerung begünstigt oder den sozialen Zusammenhalt beschädigt – nukleare und fossile Energien, der Flug- und Pkw-Verkehr, spekulative Finanzprodukte oder die Verschuldung armer Länder. Zukunftsfähigkeit erfordert, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein« (BUND/Brot für die Welt/EED 2009: 18).

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

SÜDWIND forscht für gerechte Wirtschaftsbeziehungen

Wir sind davon überzeugt, dass weltweit viele Menschen unter den Auswirkungen der globalen Wirtschaftsweise leiden. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Reichtum Einiger und der Armut vieler Menschen vor allem in Entwicklungsländern.

Oft sind es ungerechte politische oder wirtschaftliche Strukturen, die dafür verantwortlich sind. SÜDWIND weist immer wieder nach, dass die Politik, Wirtschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher eine Mitverantwortung für diese Missstände in Entwicklungsländern haben.

SÜDWIND erarbeitet Aktionsvorschläge

Wie kann die Situation im Interesse der Armen hin zu weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit geändert werden? Über die Analyse der Probleme hinaus nutzt SÜDWIND vielfältige Handlungsmöglichkeiten:

- ▣ Öffentlichkeitsarbeit
- ▣ direkte Verhandlungen mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen,
- ▣ Engagement in Kampagnen und Netzwerken wie »erlassjahr.de«, »attac«, »Kampagne für Saubere Kleidung«, »Corporate Accountability« oder der »Klima-Allianz«.
- ▣ Aktionen für Verbraucherinnen und Verbraucher.

SÜDWIND arbeitet zu den Themen

- ▣ Frauen und Wirtschaft,
- ▣ Sozialverantwortliche Geldanlagen,
- ▣ Armutsbekämpfung und Schulden,
- ▣ Globalisierung und Entwicklung.

Kontakt

Lindenstr. 58-60
D-53721 Siegburg
Tel.: 0049 (0) 2241-536 17
E-Mail: info@suedwind-institut.de
Internet: www.suedwind-institut.de



Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED)

Als Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland fördert der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. (EED) jährlich rund 300 Projekte mit einem Volumen von über 100 Millionen Euro. Er unterstützt Partnerorganisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa darin, Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden. Darüber hinaus vermittelt er Fachkräfte an Projektpartner in Übersee und vergibt Stipendien an Studierende aus Partnerländern.

In Deutschland unterstützt der EED die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von 500 Organisationen, darunter Kirchengemeinden, kirchliche Gruppen, Aktionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen durch Zuschüsse zu Seminaren und Studienreisen, zu Kampagnen und Informationsmaterial.

Mit seiner Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit trägt der EED, zusammen mit seinen Partnern, entwicklungspolitische Anliegen in Kirche und Gesellschaft in Deutschland und Europa. Dabei geht es ihm darum, die Diskussionen und politischen Entscheidungen im Sinne globaler Gerechtigkeit und einer zukunftsfähigen Entwicklung zu beeinflussen.

Die Partner des EED in Nord und Süd sind Kirchen, christliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, die mit ihrer Arbeit die gleichen Ziele und Leitbilder wie der EED verfolgen: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Kontakt:

Ulrich-von-Hassell-Str. 76
D-53123 Bonn
Tel. 0049 (0) 228-8101-0
E-Mail: eed@eed.de
Internet: www.eed.de



Brot für die Welt

»Brot für die Welt« ist eine Hilfsaktion der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland. Sie wurde 1959 in Berlin gegründet. »Brot für die Welt« ist Teil der Ökumenischen Diakonie, eines Arbeitsbereichs des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit Sitz in Stuttgart.

Die Organisation leistet mit Unterstützung von kirchlichen, kirchennahen und säkularen Partnerorganisationen in mehr als 1.000 Projekten in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa Hilfe zur Selbsthilfe. Schwerpunkte der Arbeit sind Ernährungssicherung, Bildung und Gesundheit, Frieden und Menschenrechte sowie HIV/Aids.

Unter dem Leitmotiv »Den Armen Gerechtigkeit« setzt sich »Brot für die Welt« dafür ein, den Benachteiligten und sozial Ausgegrenzten ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Kontakt:

Stafflenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Tel. 0049 (0) 711-2159-0
E-Mail: kontakt@brot-fuer-die-welt.de
Internet: www.brot-fuer-die-welt.de



Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe

Plädoyer für eine Neuorientierung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der zentrale Maßstab zur Berechnung der Wirtschaftsentwicklung eines Landes.

Allerdings gehen weite Teil der Wirtschaft, darunter beispielsweise die Hausarbeit und ehrenamtliches Engagement, gar nicht erst in die Rechnung ein. Die Beseitigung von Umweltschäden oder der Verbrauch nicht nachwachsender Rohstoffe hingegen lässt die Wirtschaftsleistung wachsen – und damit nach gängiger Lesart auch den Wohlstand.

Das BIP als Kompass oder Maßstab für erfolgreiche Wirtschaftspolitik wird zunehmend fraglich. Die Zweifel, dass die Politik gut beraten ist, die Steigerung des BIP als politisches Ziel auszugeben, mehren sich. Alternative Denkmodelle und Erfassungssysteme für Wohlfahrt, Glück und Zufriedenheit sind seit Jahrzehnten in der Diskussion. Die vorliegende Studie fasst die aktuelle Debatte zusammen und zeigt auf, welche Alternativen zum BIP entwickelt wurden.

Bezug:

Die Studie kann kostenlos bei den Herausgebern bezogen werden. Kontaktdaten siehe Seite 2.